

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshaupmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großherzoglich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.-Mark, für Selbst-abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.-Mark ohne Belegschaft. Telefon-Sammelnummer 72206 — Volkskonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72216. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Unterlagenpreise: Die 10gspalt. Kolonelseite 35 Pfg. bei Blattvorricht 40 Pfg.  
Stellenangebote 10gsp. Kolonelseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten  
die 10gsp. Kolonelseite mit 50% Nachah. Reklameseite 2 Mt. Unterlage o. ausw.:  
die 10gsp. Kolonelseite 40 Pfg. bei Blattvorricht. 50 Pfg. Reklameseite 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Front gegen Russland?

### Der Vorwand der Verhaftungen

Die kapitalistischen Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung zu fabrizieren, haben in der vergangenen Woche wieder einmal Hochkonjunktur gehabt. Die Verhaftungen einiger deutscher Ingenieure in Sowjetrussland sind ihnen Grund genug gewesen, die unbehagliche Aufmerksamkeit des Volkes von dem Korruptionsland im Reichswirtschaftsministerium abzulenken und sie auf die Sowjetunion hin zu dirigieren, wo „Personen der deutschen Wirtschaft schweres Unrecht“ geschehen sein sollte. Die Reichsregierung ihrerseits unterstützte das Treiben der bürgerlichen Presse, in dem sie die Verhaftungen benutzte, um die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen abzubrechen. Noch, ehe das Ergebnis einer Untersuchung vorliegen konnte, wurde von den offiziösen Stellen und von der geläufigen bürgerlichen Presse behauptet, daß die Verhaftungen ohne Grund erfolgt und sämtliche in Russland verhafteten Deutschen völlig unschuldig seien.

Das Vorgehen der sowjetrussischen Organe wird von ihnen außer politische Schwierigkeiten zurückgeführt, aus denen sie durch einen Feldzug gegen die ausländischen Spezialisten herauströmen wollen. Die Arbeiterklasse und ihre Presse hat keine Veranlassung, sich in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrusslands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre Aufgabe ist es, Sowjetrussland in seinem Kampf gegen seine übermächtigen kapitalistischen Gegner beizustehen. Da es nicht wahr ist, daß die Verhaftungen ohne jeden Grund erfolgt sind, sind auch wir der Auffassung, daß sie für das Auswärtige Amt nur ein Vorwand für den Verhandlungsaufschub waren. Aus den Mitteilungen, die der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Öffentlichkeit übergeben hat, geht klar hervor, daß von den sowjetrussischen Organen im Nordauklus unter unmittelbarer Mitwirkung der Arbeiter eine konterrevolutionäre Bewegung aufgestellt worden ist, die sich die Desorganisation und Zerstörung des Kohlenbergbaues zum Ziel gesetzt hatte. Es wird darin gelagert, daß nach ungewöhnlichen Feststellungen der Untersuchung die Leitung der Zentrale dieser Organisation sich im Auslande befindet und Verbindung hält mit ehemaligen kapitalistischen Eigentümern von Kohlengruben und mit einzelnen Agenten einiger deutscher Industriezonen und mit der polnischen Spionage. Von dieser Zentrale wurden Brände, Explosions-, Beschädigungen von Maschinen, Einstürze von Schächten angezeigt und auch auf andere Art soll die Wirtschaftssabotage planmäßig durchgeführt worden sein:

„Es wurden im Auslande überaus häufige Auslösungsgegenstände angelautet, manchmal veraltete Maschinen, manchmal im Gegenteil allerneueste, deren Anwendung wegen der technischen Bedingungen des südlichen Kohlegebietes unmöglich war. So wurden beispielsweise in Amerika Bohrmaschinen angesetzt, die nur für feste Schichten tauglich waren, und auf weichen Schichten in Betrieb gelegt. Aufträge wurden zu dem besonderen Zweck gemacht, zur unrichtigen Zeit ausgeführt zu werden. Häufig wurden ganze unzählige Mechanismen gestellt, einzelne Teile von Mechanismen wurden zu verschiedenen Zeiten bestellt. Die Neuauflösungen wurden überall, wo es den Konterrevolutionären gelungen war, ihre Leute an die Spitze zu stellen, bewußt und nachlässig vorgenommen, was zu achtelichen Unfällen, Beschädigungen und Zerstörungen führte.“

Für diese Arbeit sind nach den Mitteilungen des sowjetrussischen Staatsanwaltes die Ingenieure, Techniker, Steiger und andere Angestellte herangezogen worden. Die zahlreichen, die russische Wirtschaft desorganisierenden Ereignisse haben dann zu einer Untersuchung geführt, in deren Verlauf die Verhaftungen erfolgten. Nach den Angaben ist weiter festgestellt worden, daß die Teilnehmer der Organisation von einer ausländischen Wehrabteilung-Zentrale finanziert wurden. Man kann nach diesen Mitteilungen nicht sagen, daß die Verhafteten „unter Vorhaltung von Gründen ihrer Freiheit beraubt und in Kerkerhaft genommen worden seien“. Und wenn Georg Bernhard in der Vossischen Zeitung behauptet, daß in Deutschland nach solchen Verhaftungen „die Gefahren unter Kontrolle der Öffentlichkeit“ stünden, so ist das wirklich mehr als Unwahrheit. Wie viele Verschärfen, bei denen es sich angeblich um Handels- oder Wirtschaftsspionage handelt, sind in der deutschen Republik unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt worden, wobei die Angeklagten oft zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Glaubten die sowjetrussischen Behörden, aus den festgestellten gerichtlichen Erhebungen in ihrem Wirtschaftsorganismus auf das Bestehen einer konterrevolutionären Organisation schließen zu müssen, so war es ihre Pflicht, die Untersuchung schmunzlig durchzuführen. Wie es ihre Pflicht ist, Verhaftete, die unbeschuldigt in den Verdacht der Beteiligung gekommen sind, sofort freizulassen und sie zu rehabilitieren, sobald sich ihre Unschuld ergeben hat. Es ist aber falsch, wie es die bürgerliche Presse tut, nur deswegen von vornherein ihre Unschuld zu behaupten, weil die Verhafteten Deutsche sind. Wenn übrigens in Deutschland deutsche Arbeiter von deutschen Gerichten unbeschuldigt in Haft gehalten und dann

wegen Vergehen, die für rechtsstehende Verbrecher straffrei sind, zu jahrelangen Freiheitsstrafen verurteilt werden, empört sich diese Presse nicht.

Es ist aber auch nicht das erste Mal, daß in einem anderen Lande Deutsche wegen Spionage oder anderen Vergehen verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden. Noch nie hat man in einem solchen Falle davon gehört, daß Deutschland deswegen mit dem Abbruch von Wirtschaftsverhandlungen oder ähnlichem gedroht hätte. Wenn Stresemann diesmal so schnell damit bei der Hand war, so wird der Grund in der Umorientierung seiner Außenpolitik liegen, die in dem vergangenen Jahr immer deutlicher in Erscheinung getreten ist. Seit Stresemann in dem Krieg der Weltmächte mitgespielt darf, legt er mit Rücksicht auf England auf ein zu enges Verhältnis mit Russland keinen Wert mehr. Die Volkszeitung gibt zu, daß England durch seine direkten und indirekten Emissärs in Deutschland ziemlich skrupellos mit der Wissenslagerarbeit arbeitet. „Diese englische Arbeit ist bei manchen politischen Kreisen nicht unwillkürlich geblieben, in denen seit geraumer Zeit das Verhältnis zu Russland als eine Belastung gegenüber den Westmächten empfunden wird. Für manchen deutschen Politiker hat die bloße Tatsache, daß es neben dem Westen auch einen Osten gibt, etwas Bedrückendes. Diese Sorte von Gegnern des politischen Spieles mit mehreren Augen wird viel ruhiger schlafen, wenn die Welt kurz hinter Frankfurt a. O. aufhört. Das dahinter noch Polen kommt, daß es Randstaaten, das im südlichen Osten die Balkanvölker hausen, ist schon unbehaglich. Daher nun aber gar eine Union der Sowjetstaaten existiert, mit denen man Verträge hat und mit denen man sich wirtschaftlich austauschen muß, wird als eine furchtbare Störung empfunden, wo man doch sonst mit England und Frankreich sich nur zu vertragen braucht.“

Dass die sozialistischen Arbeiter jeden Schritt einer antirussischen Außenpolitik mit schärferem Misstrauen und wachsendem Widerstand versetzen müssen, das erfordert ihre eigenen Interessen. Darum verurteilen sie den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Russland und stellen sich der Hebe gegen die Sowjetunion entgegen.

### Freilassungen

Die Sowjetregierung hat von den verhafteten deutschen Ingenieuren und Monteuren bisher trotz des deutschen Protests nur drei auf freien Fuß gesetzt. Das sind der Ingenieur Goldstein, der bereits in den nächsten Tagen Russland verlassen wird, und der Monteur Wagner, der ebenfalls die Rückreise noch im Verlauf dieser Woche anzutreten gedenkt. Der deutsche Ingenieur Otto wurde nur unter der Voraussetzung aus der Haft entlassen, daß er Russland zunächst nicht verlässt und sich zur Verfügung der Gerichtsbehörden stellt. Außer den drei deutschen Angestellten sind inzwischen vier verhaftete russische Ingenieure aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Mehr als 50 befinden sich jedoch zur Zeit noch im Gefängnis.

Inzwischen ist der Dipl.-Ingenieur der AEG, Hille, der seit Monaten im Auftrage seiner Firma in Russland gewohnt hat, und der Verhaftung eines Teiles seiner Kollegen betroffen, in Berlin eingetroffen. Er schildert in einem Berliner Montagblatt die einzelnen Vorgänge bei der Verhaftung und stellt u. a. fest, daß die polnische Polizei anfänglich selbst nicht gewußt hat, warum ihr der Auftrag zur Verhaftung der deutschen Angestellten gegeben worden war. Erst als alle deutschen Beamten und Angestellten in Rudimentowitz in den Proteststreik getreten waren, habe man Ursache und Zweck der polnischen Maßnahmen erfahren.

In Leningrad wurden in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Protestkundgebungen gegen Deutschland veranstaltet. Man protestierte vor allem gegen den „unbegründeten Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen“ und „gegen die Versuche der kapitalistischen Regierung, Vorwürfen darüber machen zu wollen, wie Russland seinen Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente zu führen habe.“ Das Ende der Veranstaltungen bildete jeweils die Annahme von besonderen Entschließungen, in welchen die strengste Bestrafung der Verhafteten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit gefordert wird.

### Ende des Wüstenkrieges?

London, 17. März.

Die vor einigen Tagen in der englischen Presse verbreiteten verschiedenen Gerüchte über die Verklärung des Heiligen Krieges, mit dem angeblich Ibn Saud gegen die britischen Mandate Irak und Transjordanien vorgehen wolle, stellten sich als unbegründet heraus. „Times“- und Reuter-Meldungen aus Basra und Bagdad zufolge sind weitere größere Einfälle der Wahabititen in den Irak nicht zu befürchten. Dem Scheich Sultan Ed-Din Iba Hamid, der Führer der Heilah-Stämme, die mit einer großen Streitmacht gegen die Israelpolizei vorrückte, ist von Ibn Saud befohlen worden, seine Offensive aufzugeben. Er steht nun mit seiner großen Streitmacht nach Ghalsmat im Innern Grabiens zurück, von wo aus er gegen die Israelpolizei vorrückte.

### Stärker als je zuvor Aus den Ziffern der Großbankbilanzen

Die Bilanzen der Großbanken sind zwar ein Spiegel der Wirtschaftsentwicklung, aber ein recht trüber. Wem die ökonomischen Tatsachen nicht in wesentlichen Zügen bekannt waren, bevor er den Versuch unternahm, die Holographen der Bankabschlüsse zu entziffern, dem wird es nicht gelingen, zwischen den Zeilen zu lesen, was in den Zeilen verschwiegen oder verschleiert ist.

Die Banken sind die Reserven der kapitalistischen Gesellschaft zusammengefaßt. Man möchte also annehmen, daß die Bankleitungen über den sichersten Maßstab verfügen, um zu beurteilen, zwar nicht, wie groß in absoluten Ziffern ausgedrückt die Kapitalbildung ist, aber doch wenigstens, ob überhaupt Neukapital geschaffen. Mehrwert gebildet worden ist oder nicht, ob Kapitalanhäufung stattfindet oder ob noch immer, wie in den seligen Zeiten der Inflation, „von der Substanz“ gezecht wird. In dieser Frage, über die sie doch, wie man meinen sollte, an allerbesten Bescheid wissen müßten, sind die Bankleiter geteilter Meinung. Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt zu Leipzig schreibt in ihrem Geschäftsbericht:

„Aber die positiven Erfolge der Umstellung sind vielfach spärlich. Es wird eben in der Regel nur erreicht, daß man in der Lage ist, die Steigerung der Steuern und sozialen Lasten gerade noch tragen zu können; und das auch in vielen Fällen nicht. Eine nennenswerte Kapitalbildung in der Wirtschaft und insbesondere eine Steigerung der Exportmöglichkeiten dagegen wird, wenn überhaupt, nur in beschleunigtem Umfang erzielt.“

Ganz anderer Ansicht ist die Verwaltung der Deutschen Bank, die ja ihrem Geschäftsumfang nach immer noch an der Spitze der deutschen Großbanken marschiert. Sie äußert sich über diese Frage wie folgt:

„Immerhin näheren wir uns im ganzen einer Kapitalbildung, die ohne Rationalisierungsbedarf, zu dessen Befriedigung wir auf das Ausland angewiesen bleibeln, imstande ist, unter Wirtschaft mit Inlandsmitteln zu finanzieren. 4½ Milliarden Reichsmark an Schuldverschreibungen und Aktien können durch die deutschen Börsen untergebracht werden, ohne daß Unzuträglichkeiten anderer Art auftreten, als mit der ungleichmäßigen Verteilung der Emissionen über das Jahr hin verbunden waren.“

Die Geistesprodukte der Großbankleitungen haben demnach zweiseitig weniger Goldwert als der Inhalt ihrer feuerfesten Arnsheimer Urnen. Bei der Unzuverlässigkeit ihrer wörtlichen Äußerungen müssen wir uns notgedrungen darauf befrüchten, uns an ihre Ziffern zu halten. Die Summe der bei den sechs Berliner Großbanken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank, Berliner Handelsgeellschaft, Commerz- und Privatbank) aufgeliessenen Guthaben der Einleger (Kreditoren) hatte schon Ende 1926 den Marktwert nach den Wertegängen überschritten. 1927 war der Wertegangstand auch dem Geldwerte nach überschritten. Die Kreditoren beliefen sich in Millionen Mark

	1913	1927
Deutsche Bank	1580,0	1977,4
Disconto-Gesellschaft	674,0	1139,0
Dresdner	908,4	1640,1
Darmstädter	959,2	1563,9
Commerz.	486,4	1107,8
Handelsgesellschaft	296,8	343,1
	4934,8	7771,3

Die Summe der Kreditoren war also Ende 1927 um fast 60 Prozent größer als 1913, während der Geldwert nur um etwa 35 Prozent höher gewesen ist. Das, das in Form der Einlagen bei den Banken angehäufte Geldkapital die unmittelbare Betriebsbedürfnisse weit übersteigt, ergibt sich aus der Veränderung, die seit 1926 in der Zusammensetzung der Einlagen vor sich gegangen ist. Der Anteil der sogenannten Termingeschäfte, d. h. der Gelder, die für große Fristen und für längere Zeit unkündbar der Bank überlassen werden, stieg von 49,9 im Jahre 1926 auf 57,8 Prozent im Jahre 1927. Auf die kurzfristigen Gelder entfiel also 1926 der größere, 1927 der kleinere Teil. Das, obwohl in das Jahr 1926 eine Zeit der Stockung fiel, während das ganze Jahr 1927 eine Zeit der Hochkonjunktur gewesen ist, in der die Anforderungen des industriellen und Handelskapitals zu wachsen pflegten. Damit ist erwiesen, was auch die Abschlüsse der industriellen Aktiengesellschaften bestätigen, daß die Rationalisierungskonjunktur nicht nur „negativ“, wie die AEG meint, sondern sehr positiv sich auf den Anstieg des Industrie- und Handelskapitals ausgewirkt hat, und daß die Gewinne, in der Zeit der Hochkonjunktur des verlorenen Jahres noch stärker zugewonnen haben als die Produktion.

Dagegen könnte eingewendet werden, daß nach den Angaben der Großbankleitungen das Auslandskapital mit 20 bis 30 Prozent an den Einlagen beteiligt gewesen ist, daß also ein beträchtlicher Teil des Betrages, in dem die Kreditoren angewandten sind, nicht aus dem Auslande, sondern aus dem Auslande stammt. Danach hätte also das Schlagwort vom Kapitalmangel Berechtigung und es wäre richtig, was der Geschäftsbericht der Deutschen Bank behauptet, daß die Produktion

nämlich die Industrie zur Finanzierung ihres Nationalisierungsbedarfs auf das Ausland angewiesen sei. Diese Beweisführung hat jedoch ein großes Loch. Es bleibt nämlich unberücksichtigt die Veränderung, die die Entstehung und Ausbreitung der durch Kartelle und Konzerne geschaffenen und durch den Schutzzoll geprägten Monopole auf dem Geldmarkt hervorruft. Die Übergewinne der Monopolinhaber erlauben ihnen das, was man mit dem neuesten Schlagwort „Selbstfinanzierung der Industrie“ bezeichnet. Weil die Monopolindustrien sich auf Kosten der Warenverarbeiter und Warenverbraucher ernähren, können sie selbst zur Finanzierung ihrer Betriebsanlagen weniger, müssen aber die nicht-monopolisierten mittleren und kleineren Unternehmungen desto mehr Kredite in Anspruch nehmen. Während die Großen an Zins sparen, müssen die Kleinen desto mehr und desto höhere Zinsen ausbringen. Über diesen Vorgang berichtet Georg Bernhard in einem im Magazin der Wirtschaft veröffentlichten Artikel „Streit um die Gleichungsloste“:

Nach der festigen Methode geht die Kapitalbildung dagegen in den Unternehmungen selbst vor sich, teils durch höhere Preise, was die Kapitalbildung der Konsumenten verhindert, teils durch niedrige Dividende, was die Kapitalbildung der Aktionäre hemmt. Die Selbstfinanzierung tritt also mit dazu bei, die Kapitalknappheit in Deutschland zu verstetigen.

Kapitalmangel bedeutet also nicht, daß zu wenig Profite gemacht, sondern daß gerade in den wichtigsten und kapitalstarksten Industrien Überprofite gemacht werden. Der Kreditanspruch der monopolistisch organisierten Großindustrie sinkt, weil sie sich durch wuchernde Monopolpreise vom Geldmarkt unabhängig machen kann. Der Kreditbedarf der nicht monopolisierten Unternehmungen dagegen steigt, weil die Monopolpreise ihre Selbstkosten erhöhen, wenn es ihnen nicht gelingt, sich an den Verbrauchern schadlos zu halten. Nicht weil überhaupt zu wenig verdient wird, sondern weil bei den einen zu viel verdient wird, ist bei den anderen die Kapitaldecke zu knapp, bleibt der Zinsfuß in Deutschland dauernd hoch und sucht das Auslandskapital die höheren Zinsen zu seinem Vorteil auszunutzen.

Der Anteil der Auslandsanleihen an den Einlagen überhaupt beträgt nach den Angaben der Banken 20 bis 30 Prozent. Wenn man den Gesamtbetrag der Bankenlager um dieselben Anteil lässt, ist der Marktbetrag immer noch um mindestens ein Drittel höher als zur Vorkriegszeit, also dem Geldwert nach ungefähr gleich groß. Nehmt man die ungezählten und unzählbaren vom Konzernkapital ohne den Umweg über die Tresors der Banken angehäuften Kapitalmassen in Betracht, dazu noch die bei den öffentlichen Kreditanstalten aufgesammelten Gelder, die gleichfalls unvergleichlich größer sind als in der Vorkriegszeit, dann ergibt sich, daß es dem deutschen Kapitalismus in den drei Jahren seit der Stabilisierung gelungen ist, stark dazustehen wie nie zuvor, daß er drauf und dran ist, sich seine finanzielle Unabhängigkeit zurückzuerobern und Kapitalexpansionen auf eigene Faust und aus eigener Kraft zu betreiben.

Die Selbstfinanzierung der Industrie: das ist der Ausdruck dafür, daß in höherem Maße als zu Wilhelms Zeiten sich die Banken mit der konzentrierten Großindustrie in die Verfügung über die Geldreserven des deutschen Kapitalismus teilen. Sie verfügen über das Geldmonopol und damit über die stärkste Macht im Reiche des Kapitals. Von ihnen sind die mannigfaltigen kapitalistischen Sphären in Industrie, Handel und Landwirtschaft abhängig. Diese gemeinsame Abhängigkeit hat die Schwachalter der kapitalistischen Interessengruppen, die bürgerlichen Parteien, im Bürgerblock zusammenge schwiezt. Er soll die Monopolprofite sichern helfen, an denen Bankkapital und industrielles Großkapital in so reichem Maße sich erfreuen dürfen. Der Bürgerblock soll dafür sorgen, daß die Überprofite der Monopolinhaber nicht durch den Anteil am Ertrag gesellschaftlicher Arbeit geschmälert wird, den die Arbeiterschaft beansprucht. Das ist es, was die Banzerherren von ihrer politischen Interessenvertretung fordern, und das wird im Geschäftsbericht der Disconto-Gesellschaft ausgesprochen, die sich besonders inniger Beziehungen zum Trustkapital erfreut und in deren Aussichtsrichtung so hervortragende Vertreter der konzentrierten Schwerindustrie sitzen, wie die Herren Kirdorf, Klöckner, Carp, Gehres, Haniel, Louis Hagen. In diesem Geschäftsbericht heißt es:

Die Ausgabengesetzgebung der öffentlichen Hand, das vorherrschenden parteipolitischen Geschäftspunkte, das Schießen nach agitatorischer Wirkung, die Untergrabung des Verantwortungsgefühls des einzelnen durch eine falsch verstandene Sozialpolitik, das Vorbringen zwangswirtschaftlicher Tendenzen, all das sind Dinge, unter deren Auswirkungen die Kräfte der Wirtschaft zu erlegen drohen und die immer mehr jede gesunde Rentabilität in Frage stellen, ohne die keine Wirtschaftsordnung bestehen kann, die sich auf Kapital und Arbeit aufbaut. Auswirkungen dieser Wirtschaftsordnung soll der Staat bekämpfen und zu befehligen trachten, nicht aber darf er die schaffenden Kräfte schmälen, auf denen sie begründet ist und deren Entfaltung allein uns der gewaltigen Schwierigkeiten Herr werden läßt, vor die uns die kommenden Jahre noch stellen werden."

Der naive Leser wird sich fragen, an welche Adresse eigentlich diese Worte gerichtet sind, denn die gegenwärtige Regierung ist so sozialistentrein, wie es sich das Bankkapital nicht besser wünschen kann. Die Reize von öffenlicher Zwangswirtschaft, die noch bestehen, und die den Kapitalprofite weniger befürchten als fördern, sollen verschwinden, aber gegen die private Zwangswirtschaft der Konzerne und Kartelle, die die Wirtschaft unter allerharschem Druck halten, hat das Bankkapital nichts einzubringen. Was die Bankgewaltigen erstreben, die nur aussprechen, was auch die Konzerngewaltigen wollen, ist, daß der Arbeiterschaft der Rest von Einfluß auf Staat und Wirtschaft genommen wird, der ihr noch verblieben ist und den sie trotz Bürgerblock zu steigern trachtet. Dohrt die Schmälerung nach dem Ketter, der mit der verfluchten Demokratie Schluss macht, nach einem Staat, in dem dem Kapital die Freiheit zur Ausbeutung gestillt, aber die Freiheit, der Ausbeutung Widerstand zu leisten, auf ein mussoliniisches Mindestmaß reduziert ist. Die Geschäftsscheine der Großbanken enthalten die Wahlparolen, die vom Großkapital ausgegeben, aber in den Wahlflugblättern der Bürgerblockparteien nicht zu finden sein werden.

## Breusken und die Lohmannsgeschäfte

Von amtlicher preußischer Seite wird mitgeteilt: Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Uchhoff soll nach Pressemeldungen für den Kapitän Lohmann eine Bürgschaft in Höhe von 10 Millionen Mark übernommen haben und zwar gegenüber der Preußischen Seehandlung. Demgegenüber wird festgestellt, daß von dem preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Uchhoff der Preußischen Staatsbank eine Bürgschaftserklärung zugunsten des Kapitäns Lohmann nicht gegeben worden ist. Die Preußische Staatsbank hat dagegen im Jahre 1926 den Oiwitz-Werken, G.m.b.H., und der Navis-G.m.b.H. je einen Kredit von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt zum Zwecke der Auftragsbeschaffung für deutsche Werften.

# Der Kampf um die Amnestie

## In der Endabstimmung abgelehnt

Berlin, den 17. März.

Bei der Schlusabstimmung wurde am Sonnabend im Rechtsausschuß des Reichstages der entscheidende Paragraph 1 der Amnestievorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt. Für Dienstag ist eine zweite Abstimmung des Gesetzesvorschusses vorgesehen, wobei verucht werden soll, doch noch etwas Positives zustande zu bringen. Die Hoffnung auf eine Verständigung der einander entgegengesetzten Ausschüsse freilich ist nach wie vor gering.

Über den Kampf um die Amnestie ist in diesen Spalten des öster verholt worden. Die Grundlage der Verhandlungen bildete ein Gesetzesvorschlag der Kommunisten, der am 21. September 1927 eingereicht worden ist. Er verlangte die Amnestierung der proletarischen Gefangenen, soweit sie auf Grund politischer Delikte bestraft worden sind.

Ausgeschlossen von dieser Straffreiheit sind nur Personen, die sich an Mordtaten oder Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation Consul oder der bayerischen Einwohnerwehr als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben.

Inzwischen erlangten die Urteile gegen die Täume der Rechtsgültigkeit, die Deutschnationalen juchten daher die Amnestie auf die ihnen zugehörigen Verbrecher aus der Schwarzen Reichswehr auszudehnen. Darüber ist eine Verständigung nicht zustandegekommen, ob wohl die Kommunisten erkennen ließen, ihren auf propagandistische Wirkung eingesetzten Absatz gegen die Rechtsverbrecher fallen zu lassen.

Zu Verläufe der Debatte wurde von dem Deutschnationalen Dr. Hannemann ein besonderer Entwurf eingereicht, nach dem alle aus „politischen Beweggründen“ begangenen Delikte in die Amnestie einbezogen werden sollten. Nur die wegen Landesverrates Verurteilten sollten ausgenommen bleiben, soweit „in

den Kriegsgründen Eigennutz oder gewinnstiftige Absicht festgestellt“ worden ist. Die Deutschnationalen waren also bereit, der Täume der wegen einer Amnestie in weitestem Sinne zuzustimmen. Gegen die Amnestierung der Täume der Täume wandte sich in erster Linie die Zentrumspartei, aber auch Genosse Rosenfeld und die andern Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion glaubten das nicht verantworten zu können, um so weniger, als die Kommunisten selbst zunächst die Freilassung der Schul- und Klapptroß verhindern wollten.

Dazu kam die Haltung der Ländervertreter, die sich ausnahmslos einer Amnestie in dem kommunistisch-deutschnationalen Sinne widersetzten. Die Zuständigkeit des Reichstages beschreibt sich in erster Linie auf die Opfer des Reichsgerichts, also der Rechtsjudikatur. Zuletzt freilich hätte der Reichstag verfassungsgemäß das Recht gehabt, sich über den Widerspruch der Länder hinwegzusetzen und eine Amnestie im weitesten Sinne durchzuführen. Über nur zwischen den Kommunisten und den Deutschnationalen bestand über den Umfang der Amnestierung völlige Einigkeit. Zuletzt wurde vom Zentrum eine vermittelnde Formel vorgeschlagen, wonach „alle Personen, die wegen vollendeten oder versuchten Mordes oder Totschlags oder Teilnahme an solcher Straftat verurteilt“ worden sind, ausgenommen werden sollten. Danach hätte keine Möglichkeit bestanden, die Täume der Täume freizulassen und daraus ergab sich die Haltung der Deutschnationalen bei der Schlusabstimmung.

Die Kommunisten hatten, trok indirekter Anfrage, den oben wiedergegebenen Absatz nicht zurückgezogen. Bei der Einzelabstimmung votierten dafür nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Er wurde abgelehnt. Für den Zentrumsvorschlag stimmten neben den beiden proletarischen Parteien auch die Vertreter des Zentrums- und der Demokraten. Er wurde also angenommen. Dann erfolgte die Schlusabstimmung über das Gesamtgesetz. Das wurde, trok der angenommenen Zentrumsvorlage, gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Damit war also alles gefallen, aber am Dienstag soll nochmals der Versuch unternommen werden, aus den nunmehrigen Trümmern noch etwas Brauchbares zustande zu bringen.

## Machlaf der Bürgerblockregierung

### Hunderte Millionen Defizit!

SPD Der Reichsrat hat am Sonnabend den Ergänzungsetat der Bürgerblock-Regierung zum Haushaltssplan für 1928 angenommen. Der Berichtsherr, Ministerialdirektor Dr. Brecht, betonte, daß der Ergänzungsetat im kommenden Jahr um mehrere 100 Millionen Mark Ausgaben belastet werde, für die noch keine Deckung vorhanden sei. Es würden zumindest 300 Millionen von vorherher ungedeckt sein und es würde eine der schwersten Sorgen des nächsten Reichstages sein, die höhere Einnahmen zu finden, um das Defizit zu decken.

Die Vorlage über die Rentenbank-Kreditanstalt, deren Vorberatung im Ausschuß noch nicht abgeschlossen ist, wurde von der Tagesordnung abgezogen. Preußen wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Erweiterung der Rentenbank-Kreditanstalt, da es in ihrem Ausbau eine Konkurrenz der Preußenkasse zugunsten des Großgrundbesitzes sieht.

II. Bei der Einbringung des Ergänzungsgesetzes für 1928, die am Montag oder Dienstag erfolgen soll, will im Reichstag die Reichsregierung eine Erklärung zum Notprogramm abgeben. In dieser Erklärung will sie noch einmal betonen, daß der Standpunkt in dieser Frage unverändert ist, und daß sie nach wie vor größtes Gewicht auf die rasche Verabschiedung des Notprogramms legt.

## Die verendete Kammer

WFB Paris, 18. März.

Kammer und Senat haben gestern nachmittag ihre parlamentarischen Arbeiten zum Abschluß gebracht. Die neu gewählte Kammer wird am 1. Juni, der Senat wieder am 5. Juni zusammentreten. Im weiteren Verlauf der heutigen Kammerstunde, über die bereits berichtet wurde, dankte Ministerpräsident Poincaré dem Kammerpräsidenten

Bouillon im Namen der Regierung für tapferen Führung der Kammergeschäfte und Debatten.

Der Senat hat heute nachmittag eine Reihe von Vorlagen, die die Kammer bereits angenommen hat, verabschiedet, u. a. den Gesetzesentwurf betreffend Billigung verschiedener Grenzregulierungabkommen zwischen Frankreich und dem Saargebiet, den Gesetzesentwurf betreffend das deutsch-französische Abkommen vom 14. August

1925 zwecks Grenzregulierung zwischen Deutschland und den wieder zu Frankreich gekommenen Provinzen, den Gesetzesentwurf betreffend Billigung des deutsch-französischen Abkommen vom 23. Februar 1928 über Regelung des Warenverkehrs zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Verabschiedet wurden ferner das Rekrutierungsgesetz und die verschobenen Handels- und Zollabkommen mit der Schweiz, Belgien und Italien.



J. Bouillon

Nach der Untersuchung, die über drei Jahre dauerte, muß die Kommission mit Bedauern feststellen, daß die Liquidation der Eisenindustrieanlagen von Voithringen allein, deren Wert vor dem Kriege auf 140000000 Goldmark geschätzt wurde, der Liquidationsklasse nur 180 Millionen Papiermark einbrachte. Die Kommission protestiert mit Entschließung gegen diese Tatsache. Der staatliche Vertreter hat infolge Rechlässigkeit eine bisher noch nie dagewesene Plünderei an staatlichem Eigentum verursacht. Die Angelegenheit ist von außerordentlicher Bedeutung, da nach den deutsch-französischen Abmachungen vom 22. Dezember 1926 der eventuelle Überschuss von dem liquidierten deutschen Eigentum Deutschland auffällt. Deutschland hat für die Zuwendung des Überschusses Frankreich seinerzeit gewisse Vorteile eingeräumt. Ist es nicht eine Frage der Loyalität, der Ehrelichkeit und des guten Glaubens von Seiten Frankreichs, daß die Rückzahlungen, auch wenn sie an Deutschland geleistet werden sollen, einwandfrei zu erfolgen haben?

Die Kommission fordert die Kammer auf, folgende Resolution anzunehmen:

Die Liquidierung und Buchführung des Eigentums ehemaliger feindlicher Staatsangehöriger in Elsaß-Lothringen ist sofortig zu überwachen. Die Schiedsprüche vom 20. Januar 1924 und 13. Mai 1924, die in der Angelegenheit der Liquidierung Lothringischer Eisenindustrieanlagen gefällt worden sind, sind file nichtig zu erklären.

## Die Sachleistung-Betrugaffäre

WFB Paris, 17. März.

Der Untersuchungsrichter, der die Sachleistung-Betrugaffäre bearbeitet, hat bei der holländischen Regierung einen Ausschreibungsantrag gegen den in Holland verhafteten Bischöflicher Leut gestellt, der gegen Hinterlegung einer Kanzlei von 1 Million Franken provisorisch in Freiheit gestellt wurde und dann nach Holland geflüchtet war. Desgleichen ist ein Ausschreibungsantrag bei der deutschen Regierung gestellt worden gegen den gleichfalls in Düsseldorf verhafteten Joseph Noblot. Noblot soll vor allem Zukenschüsse grünig haben.

## Notwehr gegen den Faschismus!

SPD Paris, 19. März (Radio).

Der italienische Justizminister ist am Sonntagabend in Paris eingetroffen. Die Pariser Polizei glaubt nämlich einer umfassenden antisozialistischen Verschwörung auf die Spur gekommen zu sein, und zwar gelegentlich der Untersuchung des Mordes an dem Faschisten Savorelli in Paris. Savorelli sei auf formellen Urteilspruch eines revolutionären italienischen Gerichtshofes hingerichtet worden, weil er früher der antisozialistischen Vereinigung angehört, später seinen Freunden mit dem System Mussolinis gemacht habe und als Verräter angesehen wurde. Als Henker sei ein gewisser Pavan ausgewählt worden. Pavan hat seinerzeit bei den Faschistenruhen in Italien seinen Arm eingebüßt. Er habe aber gleichzeitig von Savorelli, den er nur als Antifaschist kannte, ein Darlehen von 200 Franken angenommen und habe sich deshalb durch eine besondere Tat vor dem revolutionären Gerichtshof rechtfertigen müssen.

## Die Tangerkonferenz

SPD Paris, 19. März (Radio).

Auf der Pariser Tangerkonferenz, die morgen eröffnet wird, wird, wie aus halbamischer französischer Quelle verlautet, nicht nur die Ratifizierung des französisch-spanischen Tangerabkommens durch England und Italien, sondern auch das Verhältnis der gesamten Mittelmeermächte zueinander zur Debatte stehen. Nach gemeinsamem Wunsch des italienischen und französischen Verhandlungsteilnehmers sollen vor allem auch die Fragen der Grenzleistung zwischen Tripolis und Tunis, das Naturalisierungsthem in Tunis und das Mächtegleichgewicht in der Adria behandelt werden, und zwar im Zusammenhang mit den geplanten Vereinigungen Italiens an der Tangerverwaltung. Der Einfluß der Vereinigten Staaten wird in Paris als vorherrscheinig nebenjählich und rein formales Charakters angesehen. Man macht hier darauf aufmerksam, daß an eine Änderung des internationalen Charakters des Tangerabkommens nicht gedacht sei und die Vereinigten Staaten im Jahre 1904 schon einmal das Statut nicht anerkannt haben.

## Friedensgewinner in Frankreich

### Noch nie dagewesene Plünderung des Staates

WFB Paris, 17. März.

Die Markt- und Spekulationskommission der Kammer, die damit beauftragt worden war, eine Untersuchung über die Vorgänge einzuleiten, die die Beschlagnahme und die Liquidierung des deutschen Eigentums in Frankreich und Elsaß-Lothringen während des Krieges bzw. auf Grund des Verfaßter Vertrages begleiteten, veröffentlichte heute ihren Bericht und kommt darin zu folgender bemerkenswerter Schlusfolgerung:

## Die Erhöhung der Sozialrenten angenommen

800 000 Mark für die Leipziger Messe

Berlin, 17. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Vorlagen aus dem Notprogramm, die den Sozialrentnern der Invaliden-, Angestellten- und Knapphastversicherungen Aufbesserungen gewähren.

Der Ausschuss hat den Vorschlag zugestimmt und legt dazu Entschließungen vor, in denen verlangt wird, dass den Sozialrentnern die Aufbesserung nicht durch entsprechende Kürzung der Fürsorgeleistungen verloren geht, dass eine angemessene Erhöhung der Versicherungsgrenze bei der Angestelltenversicherung vorgenommen und dem Reichstag mitgeteilt wird, unter welchen Voraussetzungen bei der Angestelltenversicherung die Altersgrenze auf 60 Jahre und die Wartezeit auf 60 Pflichtbeitragsmonate herabgesetzt werden kann.

### Abs. Karsten (Soz.)

bedauert die Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge im Ausschuss. Der neue Reichstag werde hoffentlich das nachholen, was die jetzige Mehrheit verklärt hat. Besonders bedauerlich sei die Nichtberücksichtigung jener, die die niedrigsten Renten erhalten. Der Redner beantragt eine Erhöhung der Kinderzölle. Die Ausgaben könnten aus den Einnahmen der Invalidenversicherung ohne Weltkriegserhöhung gedeckt werden.

Abs. Frau Ahrens (Komm.) bezeichnet die Vorlagen als eine Verhöhnung der Sozialrentner. Sie begründet verschiedene Anträge auf weitere Erhöhung der Leistungen.

Abs. Dr. Esser (Dr.-Nat. Bauernpartei) tritt für die Vorschläge ein und bittet um Annahme der Ausschuss-Entschließungen.

Abs. Dr. Böhr (Chr.-Nat. Bauernpartei) lehnt die Vorschläge ab. Die vorgesehenen Erhöhungen würden die Last der notleidenden Landwirtschaft noch verstärken.

Abs. Siegler (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abs. Böhr und spricht die Erwartung aus, dass der kommende Reichstag die in den Ausschuss-Entschließungen gestellten Forderungen erfüllen werde.

Nach Abstimmung der sozialdemokratischen und kommunistischen Verteilungsanträge werden die Vorlagen in zweiter und dritter Lesung mit den Ausschuss-Entschließungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, wonach die Krisenunterstützung über den 31. März hinaus um drei Monate verlängert werden soll.

In einer Entschließung wünscht der Ausschuss eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen in Notstandsbezirken.

### Abs. Brey (Soz.)

bezeichnet die Vorlage angesichts der durchbaren Not der Erwerbslosen, die schon seit langer Zeit ohne Verdienst seien, als unzureichend. Der Redner empfiehlt eine Entschließung, wonach die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Arbeiter und Angestellten über 26 Wochen verlängert und die Leistung der Krisenfürsorge verbessert werden soll.

Die Vorlage des Ausschusses wird in allen drei Lesungen mit der Ausschuss-Entschließung angenommen.

Angenommen wird auch die vom Sozialpolitischen Ausschuss abgelehnte Reichsratsvorlage, wonach das Reich die Kosten der Krisenfürsorge übernehmen soll.

Die sozialdemokratische Entschließung wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten.

In kommunistischer Antritt auf Streichung des Gehalts und der Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten wird abgelehnt und der Haushalt bewilligt.

Die beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zurückerstellte Abstimmung über einen Antrag der bürgerlichen Parteien ergibt die Bewilligung von 1,2 Millionen Mark zur Förderung des Ausstellungs- und Messewesens, darunter 800 000 Mark für die Leipziger Messe.

In dritter Beratung wird dann das vom Abs. Dr. Kah (Dr.-Nat.) eingeführte Nebenvergabegesetz für die Strafrechtsreform angenommen. Die Schlussabstimmung, bei der die qualifizierte Mehrheit festgestellt werden muss, wird auf später vertagt.

Ein Antrag Dr. West (Volkspartei) über tschechoslowakische Eisenbahn-Markt-Prioritäten wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Um 15 Uhr verlässt sich das Haus auf Montag, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

## Die deutsch-nationale Futterkrippenpolitik

Das Berliner Tageblatt bringt in seiner Montag-Morgen-Ausgabe eine Meldung über neue Personalpläne im Reichskabinett. Das demokratische Organ behauptet, als neuer Kandidat tauche der seltene volksparteiliche und jetzt deutsch-nationalen Abgeordnete Marxky auf, der einen Ministerialdirektorposten anstrebe. Weiter heißt es in der Mitteilung, man habe hört, diesen Beamtenstab, der in der Hauptstadt der deutsch-nationalen Parteigruppe befördert werden solle, erst nach der Auflösung des Reichstages vorzunehmen. Die Germania bemerkt dazu: Diese Nachricht klingt so unglaublich, dass man annehmen sollte, sie beruhe auf einem Irrtum. Wir müssen deshalb auch die Verantwortung für die Angaben dem Berliner Tageblatt überlassen. Sollten in der Tat Abfichten bestehen, die den Mitteilungen des Berliner Tageblatts entsprechen, dann müsste nicht nur der schärfste Protest dagegen erhoben, sondern es müssten auch Mittel erworben werden, um solche Pläne zu verhindern. Man wird jedenfalls erwarten, dass die amtlichen Stellen sich äußern.

Als vor einiger Zeit bereits über ähnliche Absichten der Blockparteien berichtet wurde, hiess es, diese Pläne seien fallengelassen worden. Die Meldung des BT zeigt aber, dass die Beklredungen der deutsch-nationalen Minister, noch vor ihrem Abgang eine Anzahl ihrer Parlementarier auf einflussreiche Posten zu bringen, keineswegs aufgegeben worden sind. Die allernächste Zeit wird ja zeigen, ob die übrigen Blockparteien den Willen und die Macht haben, die deutsch-nationale Futterkrippenpolitik zu durchkreuzen.

## Das Waffenlager des Wehrwolfs

Hamburg, 17. März.

Zu den Waffenfund in Hanstedt bei Winsen a. d. Luhe wird von amtlicher Seite mitgeteilt: Beamte der Landeskriminalpolizei Harburg-Wilhelmsburg und der Landjägeramt nahmen in Hanstedt in verschiedenen Gebäuden Haustsuchungen nach Waffen vor, die dort versteckt sein sollten. Hierbei wurden 70 Infanteriegewehre, Modell 98, drei leichte Maschinengewehre, ein schweres Maschinengewehr, 47 Handgranaten, ein Browning, Munition in erheblicher Menge sowie Waffenzubehör und Ersatzteile gefunden. Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen, aber wieder freigelassen bis auf einen Landwirt, der sich besonders schwierig gegen das Republikanerrecht verstanden hat. Er wurde dem zuständigen Amtsgericht in Winsen a. d. Luhe zugeliefert. Die weiteren Ermittelungen werden von der Staatsanwaltschaft Lüneburg geführt und sind noch nicht abgeschlossen.

# Aus Bayerns großer Zeit

## Ein glückliches Ergebnis Der bayerische Untersuchungsausschuss am Ende seiner Tätigkeit

Der Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages, der sich mit der Untersuchung der Vorgänge von 1923 beschäftigte, hat jetzt nach vielen Monaten seine Arbeit beendet. In seiner letzten Sitzung lehnte er zunächst noch mehrere Beweisanträge des sozialdemokratischen Mitberichterstatters Dr. Höpner ab, durch die insbesondere die Misschancen der bayerischen Regierung an bestimmten Maßnahmen der Justiz untersucht werden sollten. Darauf unterbreitete der der Bayerischen Volkspartei angehörige Berichterstatter Graf Pestalozza dem Ausschuss seine Vorschläge zur Feststellung des Untersuchungsergebnisses. Diese Vorschläge sind durchaus negativer Art. Der Ausschuss soll auf Grund der eingehenden Untersuchung feststellen, dass das Generalstabskommissariat die Schaffung einer eigenen bayrischen Wachtruppe wohl erwogen habe, aber dann als dem Reichsgedanken abträglich und unbedenklich erkannt. Die Aufführung von Truppen in Nordbayern habe nur den Zweck gehabt, Niedergriffen von Aufständen in Thüringen zu begegnen. Die Absicht eines Bruches mit dem Reich habe sich nicht nahelegen lassen, ebenso wenig, dass von bayrischen Behörden ein militärischer Marsch geplant gewesen war. Über die Beteiligung Karls, Pöllows und Seifers an den hochverrätrischen Plänen des Kampfbundes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung vorbereitet. Hierzu gehören der von dem wegen Meinrad und Hochverrat verfolgten Kapitänleutnant Schärdti im Formarsch gegen Leipzig und Berlin, ferner Karls Abhörs, an die Spitze eines aus legalem oder illegalen Wege erreichenden Reichsdiktator zu kommen. Gleichzeitig stellten die Pläne Hitlers und Ludendorffs auf Errichtung einer Nationaldiktatur in München und einen Formarsch auf Berlin, die am 8. November verwirklicht werden sollten. Die bayerische Regierung hat die Pläne des Generalstabskommissariats gekannt und gesödet. Der sogenannte Grenzschutz an der nordbayerischen Grenze wurde aus Staatsmitteln bezahlt, ohne dass der Landtag Kenntnis hatte. Dadurch ist das verfassungsmäßige Staatsrecht des Landtages verletzt worden. Das Ansehen Bayerns ist durch den Hitlerputsch auf schweren geschädigt worden. Die Ausbildung der Verbände bei der Reichswehr und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

## März-Gedenkfeier im Reiche

SPD Berlin, 19. März (Radio).

Der 8. März unterbreiteten Vorschläge dagegen folgendes: Es im Kapp-Putsch zusammengeflohen Verbündeten hatten um die Mitte September 1923 die Errichtung einer Hitler-Diktatur ins Auge gefasst. Um dem befürchteten Putsch zuvorzukommen, schrift die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

mit norddeutschen Kreisen die hochverrätrischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbündeten gesteigert und sie standig zu Versuchen verleitet, dem Staat Gewalt und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen auszuüben. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Despotadopolitik ferngehalten und deshalb der möglichen Agitation der Nationalsozialisten erlegen. Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverrätrischen Pläne des Kampfbundes nicht eingetreten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlungen versagt. Die Rechtswollmach von Reichsgerichten und Hofbeamten gegen die bayerische Regierung zur Einführung des Generalstabskommissariats. Die Begehrung Karls, sich den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu führen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpflichtung der 7. Division auf Bayern fand. Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen

&lt;





# Für den Achtstundentag

## Aufruf des IGB Gegen die internationale Reaktion

SPD Amsterdam, 17. März.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am Freitag und Samstag hier tagte, beschloß, alle ihm angeschlossenen Landeszentralen zu einer Aktion für den Achtstundentag aufzufordern. Die einzelnen Gewerkschaften sollen vor allem bei den zulässigen Regierungen vorstellig werden und dazwischen wirken, daß ihre Vertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes den Vorstoß der englischen Regierung gegen das Washingtoner Abkommen nicht unterstützen. Außerdem riefen die Vorstände des IGB einen Protest gegen den englischen Vorstoß an das Internationale Arbeitsamt. Eine Untersuchung über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern soll von allen dem IGB angeschlossenen Gewerkschaften in der ersten Oktoberwoche dieses Jahres vorgenommen werden.

## Die Eisenbahnerbewegung Stellungnahme der Leipziger Funktionäre

Am 16. März nahmen die Leipziger Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in einer Versammlung auch Stellung zur Lohnbewegung. Die Funktionärsversammlung war fast genau so stark besucht, wie die im Monat Dezember 1927 stattgefundenen Funktionärsversammlungen, als die Funktionäre zum Solidaritätsstreik der Dresdner Kollegen Stellung nahmen.

Das Verhalten der Reichsbahnhauptverwaltung in bezug auf die Regelung der Löhne wurde von allen Seiten auf das schärfste verurteilt. Es kam zum Ausdruck, daß die Reichsbahnhauptverwaltung durchaus nicht denken soll, daß die Arbeiter sich eine derartig verleidende Behandlung gefallen lassen. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 16. März 1928 im Volkshaus tagenden Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig, nahmen Kenntnis von dem Stand der Lohnverhandlungen.

Das bisherige Verhalten der Reichsbahnhauptverwaltung gegenüber den Gewerkschaftsvertretern empfinden sie als eine Verhöhnung und Herausforderung.

Die Funktionäre sind bereit, alle Anweisungen des Vorstandes sofort durchzuführen, um einem solchen rücksichtslosen Arbeitgeber, wie es die Reichsbahnhauptverwaltung ist, die richtige Antwort zu geben. Dies kann nur der rücksichtslose Kampf sein.

Die Funktionäre fordern alle Eisenbahner auf, sich auf diesen Kampf vorzubereiten.

Die Funktionärsversammlung erledigte dann noch die Aufstellung der Kandidaten, welche der Mitgliederversammlung zur Wahl für die Bezirkskonferenzen und für den Verbandsitag vorgeschlagen werden sollen. Es wurden für die Bezirkskonferenzen nach Dresden vorgeschlagen: Endorf, Wattmann, Vogel, Paul, Wiegisch, Siegel, Fritzsche; für die Bezirkskonferenzen nach Halle: Tauchenberger, Vogel Gustav, Ende, Benkenstein, Bräunlich. Zum Verbandsitag wurden ausgestellt: Endorf, Vogel, Gustav, Tauchenberger, Koch, Böger für Dresden; Dittmar, Vogel Gustav für Halle.

## Kinderausbeutung

### Skandalöse „Beurlaubungen“ für die Landwirtschaft

Ein in der Landwirtschaft immer wiederkehrender Missfall ist die Beurlaubung von Schülkindern zu Erntearbeiten. Hiermit wird der Kinderarbeit in erheblichem Maße Vorwurf gelegt und eine Situation geschaffen, die auch sonst üble Auswirkungen in der Frage der Schulterziehung nach sich ziehen muß. Auch im Freistaat Sachsen besteht seit dem 17. Juni des Jahres 1927 eine Verordnung über die Beurlaubung von Schülkindern zu Erntearbeiten. Zu welchen Auswirkungen sie geführt hat, geht aus einer Veröffentlichung des Dresdner Lehrervereins hervor, in der nachdrücklich die Aufhebung der Verordnung gefordert wird. In der Veröffentlichung heißt es:

„Das Volksbildungministerium hat am 17. Juni 1927 durch Verordnung die Beurlaubung von Volksschülern vom Unterricht zum Auerverzieren, zur Befestigung von Unkraut und zur Heuernte genehmigt. Diese Beurlaubungen waren zwar an Bedingungen geknüpft, doch mußte schon damals die Befürchtung ausgesprochen

werden, daß diese Bedingungen eine Ausnutzung der Kinder und eine grobe Beeinträchtigung des Unterrichts nicht verhindern könnten. Diese Befürchtungen sind durch die tatsächlichen Vorfälle noch bestätigt worden.“

Eine Hinweise mögen die Wirkungen der Verordnung darlegen. In der Landwirtschaft sind allein in der Zeit der Ernte und des Rübenerverzieren an reichlich 100 Schulen 950 Kinder (75 Prozent Knaben, 25 Prozent Mädchen) 3250 Tage beurlaubt gewesen. In vielen dieser Schulen konnte, vor allem in den Oberklassen, ein bis zwei Wochen, manchmal noch länger, nicht planmäßig weitergearbeitet werden, mußte die Behandlung neuer Stoffe unterbleiben, denn vielerorts waren mehr als 30 Prozent mancher Klassen beurlaubt. In einer Klasse fehlten 100 Prozent drei Tage lang. Der Unterrichtsbetrieb ist weiter durch die ungewöhnliche Er müdung der Kinder. Von den beurlaubten Kindern haben die meisten 9, 10, auch 11 Stunden Feldarbeit verrichtet müssen.“

Ist es dem sächsischen Volksbildungministerium wirklich darum zu tun, das Ansehen der Schule zu heben, kann es nach diesen Feststellungen nicht umhin, die strittige Verordnung aus der Welt zu schaffen. Pflicht aller pädagogischen Kreise ist es, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Bestrebungen der Art, wie sie in der Verordnung des sächsischen Volksbildungministeriums zum Ausdruck kommen, mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

## Verhandlungen im Bankgewerbe Die freie Gewerkschaft soll ausgeschaltet werden

SPD Berlin, 17. März. (Radio.)

Der Reichsverband der Bankleute hatte auch in diesem Jahre den ihm politisch nahestehenden Deutschen Bankbeamtenverein zu gesonderten Verhandlungen eingeladen, um mit ihm allein zum Tarifabschluß zu kommen. Mit dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband weicht sich der Reichsverband der Bankleute, Verhandlungen zu führen, weil er es aus dessen bisheriger Haltung wohl von vornherein als aussichtslos angesehen hat, mit den geringen Zugeständnissen, die er zu machen beabsichtige, zu einem Tarifabschluß zu gelangen. Der freigewerkschaftliche Verband hat deshalb im Arbeitsministerium Schlichtungsverhandlungen beantragt, ebenso wie das aller Voraussicht nach seitens der übrigen Tarifparteien der Bankangestellten heute Sonnabend geschehen. Der Versuch, unter Ausschluß der freigewerkschaftlichen Organisation einen Tarif zu vereinbaren, ist gescheitert, weil auch der Bankbeamtenverein aus Rücksicht auf seine Mitglieder nicht alles schlucken kann.

## Gärtner!

### Wollt ihr gewerbliche oder Landarbeiter sein?

Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter ruft sämtliche Berufslogen zur Abstimmung über folgende zwei Fragen auf:

1. Soll auf die Gärtnerei die Gesetzgebung für das Gewerbe und für gelernte Berufe Anwendung finden?
2. Soll die Gärtnerei der Gesetzgebung für die Landwirtschaft unterstellt werden?

Die Abstimmung wird vorgenommen, um den Bestrebungen des Unternehmerverbands, des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaus, entgegenzutreten, der die Gärtnerarbeiter den für die landwirtschaftlichen Arbeiter geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterstellt wissen will. In der Abstimmung sollen sich nicht nur die Arbeiter der Erwerbs- und Privatgärtnerei, sondern auch die der öffentlichen Betriebe, also der Staats- und Gemeindegärtneren, beteiligen, weil der Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände die Forderungen der privaten Unternehmer sich zu eigen gemacht hat. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Berlin C 2, An der Straße 6, stellt allen interessierten Abstimmungsmaterial zur Verfügung.

Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaus will der Arbeitszeitverordnung vom April 1927 ausweichen und die vorläufige Landarbeitsordnung mit ihrer 10- bis 11stündigen Arbeitszeit für die Gärtnerei in Anwendung bringen. Er will den Gärtnern die Vorteile der Arbeitslosenversicherung nehmen; er bekämpft den Gesetzentwurf für Vertrauensbildung und er will keine Lehrlingsregelung, obwohl in der Gärtnerei eine ungeheurende Lehrlingszulassung herrscht. Daher seine Bestrebungen, die Gärtnerei in der Gesetzgebung an die Landwirtschaft zu koppeln.

## Leben und Sterben von Sacco und Vanzetti

Bon Eugen Lyons.

Deutsche Zeitungsredakteur: Ernst Engel, Verlag Berlin-Charlottenburg 8.

Der Kossäher Alfred E. Cox sagte in den Verhandlungen mehrere Male, daß der Bandit mit dem Schießgewehr im Gegenzug zu dem anderen „klein und schlank“ gewesen sei. Als der Fall zur Verhandlung kam, nahm er sich die Aussage Bowles zum Muster. „Fünf Fuß acht Zoll“, sagte Bowles vor Gericht. „Fünf Fuß acht Zoll“, wiederholte Cox. Eine so übereinstimmende Beobachtung, während er schaß und auf ihn geschossen wurde, ist wirklich ein Wunder. Aber Cox ging nicht ganz so weit. Er lehnte es ab, den Angeklagten mit Sicherheit zu erkennen.

Die Wunder mehrten sich, nachdem Frau Georgina Brooks ihren Zeugeneid geleistet hatte. Als sie eines Morgens die Straße entlang ging, wurde ihre Neugierde durch ein Automobil wachgerufen. Warum, sonnte sie nicht sagen. Drei von ihnen saßen ihr nicht weiter auf, aber der vierte hatte ein dunkles Gesicht, einen Schnurrbart und einen dunklen Schlapphut. „Er schien eine Art Ausländer zu sein.“ Sie schaute den Mann zweimal an, er tat das gleiche und warf ihr „drohende“ Blicke zu.

„Dieser Mann,“ so zeugte sie, „ist meiner Meinung nach der Angestellte.“

Von der Straße ging sie in den Bahnhof, einen Häuserblock, der 300 Fuß entfernt von Halestreet und 75 Fuß von Broadstreet entfernt ist. Sie schaute durch ein bestimmtes Fenster des Bahnhofs aus die Straße, als der Überfall geschah. Sie hörte Schüsse und rief „Feuer und Rauch“. Leider stellte sich dann heraus, daß ein zweistöckiges Gebäude in Broadstreet den Ausblick auf die Stelle des Überfalls von diesem Fenster des Bahnhofs aus unmöglich machte.

Der nächste Zeuge war ein vierzehnjähriger Gymnasiast, Manfred Freeman Shaw. Dieser Knabe stand hinter einem Baum und konnte nur aus 145 Fuß Entfernung einen flüchtigen Blick auf einen laufenden Mann mit einem Gewehr in der Hand werfen.

„Ich erkannte ihn an seinem Laufen als Ausländer“, erklärte der junge Shaw bei der Gerichtsverhandlung.

„Als was für einen Ausländer?“ fragte die Verteidigung.

„Entweder ein Italiener oder ein Russe.“

„Laufen denn die Italiener oder Russen anders als die Schweden oder Norweger?“

„Ja.“

„Woher liegt der Unterschied?“

„Sie laufen unsicher.“

Diese Identifizierungen sollten die Aussagen der Ankläger entkräften und waren daher für die Frage der Schuld oder Un-

schuld von ungeheurer Wichtigkeit. Andere fadenscheinige Beweise wurden von der Anklage hinzugefügt. Es wurde beispielsweise der heldenhafte Versuch unternommen festzustellen, ob Vanzetti einmal einen „Charlie-Chaplin-Schnurrbart“ getragen hätte und ihn dann anders schnellen ließ, um die Widerwürfe in den Aussagen von Bowles und Cox zu erklären. Zwei Polizisten von Plymouth, die Vanzetti öfter seinen Karren schieben sahen, bezeugten, daß er immer denselben Schnurrbart getragen habe. Auch ein italienischer Barbier bestätigte diese Aussagen.

Der Prozeß dauerte bis in die erste Juliwoche. Vanzetti durfte den Zeugenstand nicht betreten, um für sich selbst auszufügen. „Man wird Sie über Sozialismus und Anarchismus ausfragen,“ warnte ihn Bahen, „und alles, was Sie sagen, wird die Geschworenen nur gegen Sie einnehmen. Und Ihr schreckliches Englisch wird einen schlechten Eindruck machen.“

Kahmann verdiente den Lohn, den ihm der Kreis Norfolk zahlte. Seine Schlußrede bei der Gerichtsverhandlung war ein Meisterstück von Andeutungen, die mit Humor durchsetzt waren und in einem schmetternden Lärm zur Pflichterfüllung ausliefen. Dann verlaufen die dünnen Lippen des Richters Thayer die Lehren an die Geschworenen. Die Anklage enthielt zwei Punkte, bemerkte er, „versuchter Raub“ und „versuchter Mord“. Er forderte die Geschworenen auf, den zweiten Punkt nicht in Betracht zu ziehen, denn dafür wären keine genügenden Beweise vorhanden, sondern nur den ersten Punkt zu erwägen.

Die Geschworenen waren nervös. Sie lichen die Instruktionen außer acht und sprachen ein „Schuldig“ in beiden Punkten. Diskret überlief Richter Thayer die unzähligen Eiser. Er verurteilte Vanzetti nur für den „Rauberversuch“. Der Gefangene vor ihm war bis dahin unbestraft, niemals war er in Gesellschaft von Verbrechern beobachtet worden, seine Geschichte war die harter Arbeit und einfacher Lebens. Für gewöhnlich sind das Tatsachen, die dem Gefangenen widerstreben.

Aber Thayer war nicht mit so wenig zufrieden... indem er mich verurteilte, belädtigte er meine Grundsätze, meine Ideale und die Wahrheit, denn er sagte: „Die Ideale des Angeklagten sind dem Verbrechen verwandt.“ Diese Worte bewiesen durchaus das Vorurteil des Richters und seines Sohns gegen unsere Prinzipien und unsere Prinzipien. So endete diese tragische Parodie einer Gerichtsverhandlung, bekannt als der Plymouther Prozeß, der meine Ehrlichkeit vernichtete und die Herzen meiner Freunde in Trauer und Schmerz versetzte.“

Die Ideale des Angeklagten sind dem Verbrechen verwandt“, sagt Thayer.

## Wirker und Stricker

### Kongress in Thalheim

In Thalheim im Erzgebirge sind dieser Tage ein vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufener Kongress der Wirker, Stricker und Tricotagenarbeiter und arbeiterinnen Deutschlands statt. Der Kongress war von 470 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht; ein Drittel der Delegierten waren Frauen.

Thalheim, so führt der Verbandsvorsitzende Jäckel, Berlin, in seiner Begrüßungsansprache aus, ist historischer Boden der Textilarbeiterbewegung. Schon 1870 fand in Thalheim der erste Wirkerkongress statt, und bereits vor 20 Jahren nahm die gesamte Textilarbeiterchaft des Erzgebirges an dem Kampf um den Achtstundentag auf. Unter den Textilarbeitern des Erzgebirges hat der Deutsche Textilarbeiterverband schöpferisch und neu gestaltet gewirkt und Großes geleistet. Trotz Erfolge in der Lohn- und Arbeitszeitfrage und in der Verbesserung des Schutzes für die Schwangeren muß aber gerade im Hauptbezirk der Wirkerei und Tricotagenindustrie der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von neuem aufgenommen werden.

Wie Götzner, Chemnitz, in einer historischen Darlegung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Tricotagenindustrie zeigt, hat sich dieser Zweig der Textilindustrie in den letzten Jahren gewaltig ausgedehnt. Vergroßerung und Verfeinerung der Maschinen, Vermehrung der Tourenzahl erfordern heute eine viel größere Leistung vom einzelnen Arbeiter. Die Ausübung der Arbeitskraft ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne ist möglich. Erhöhung der Löhne ist zu erreichen bei restloser Organisierung der Textilarbeiterchaft.

Erhöhung der Stärke des Verbands! So appelliert Feinhals, Berlin, in seinem Referat über die Lohnsatzung an. Feinhals an Beispiel aus der Lohnbewegung, in der der Verband mehr herausstellt als irgendeine andere Gewerkschaft, und an den Kampfziffern. 38 Prozent aller Streik- und Ausperrungstage entfallen auf die Textilarbeiter.

Nach weiteren Referaten über den Kampf um den Achtstundentag und über die Arbeiterinnenfragen, die von Schröder, Berlin, und Else Niewiera, Berlin, erläutert wurden, fügte eine lebhafte Aussprache ein. Dressel, Berlin, sprach dann noch über das Thema „Der Deutsche Textilarbeiterverband im Zusammenwirken mit den Arbeitersport und -spielvereinen“. Den Abschluß bildete ein Referat des 2. Vorsitzenden des ADGB, Graumann, Berlin, über die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Textilarbeiterchaft.

Die Gedankenlängen der Redner fanden ihren Niederschlag in einer vom Hauptvorstand eingebrochenen, gegen drei Stimmen angenommenen Entschließung. Darin weist der Kongress angesichts des Mangels gelehrter Arbeitskräfte auf die kurzfristige Praxis des Unternehmens hin, das nach durchgeführten Kämpfen vielfach tüchtige Arbeiter entläßt, sie von Haus und Hof vertreibt und so der Industrie entzieht. Im einzelnen fordert die Entschließung stärkere Beteiligung der Arbeiterschaft (Betriebstäte) bei der Untersuchung der technischen und organisatorischen Betriebsentwicklungen, bessere Heranbildung des Nachwuchses durch Kollektivverträge, Untersuchung über die gesundheitsschädlichen Wirkungen langer Arbeitszeit, über die Ursachen der Produktionssteigerung und des Produktionsstillstands, ständige Prüfung der einzelnen Arbeitsmanipulationen und ihrer Rückwirkungen auf den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen während der Schwangerschaftsperiode sowie restlose Durchführung der achtständigen Arbeitszeit.

## Berliner Baugewerbe

### Ergebnislose Lohnverhandlungen

SPD Berlin, 17. März. (Radio.)

Die Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe sind gescheitert. Die Funktionäre des Baugewerbeverbundes, der Fachgruppe der Maurer und Hilfsarbeiter, sowie die Vertreter der Fachgruppen, die am Tarifvertrag beteiligt sind, nahmen gestern dazu Stellung und beschlossen, an der aufgestellten Forderung weiter festzuhalten. Gefordert wurde für alle Gruppen eine Lohnerhöhung von 20 Pfennigen pro Stunde, d. h. für Facharbeiter 1,50 (bisher 1,35), für Bauhilfsarbeiter 1,20 (bisher 1,10) und für Tiefbauarbeiter 1,04 (bisher 0,84).



Diese Worte strafen Thayers Behauptung und die der anderen höheren Gerichtshöfe ab, sie wären vorurteilslos an diesen Fall herangegangen.

Vanzetti war in aller Eile zum „vorbestrafen“ Verbrecher gestempelt worden. Als Strafgefangener wurde er in das staatliche Zuchthaus von Charlestown, einem Vorort von Boston, eingeliefert. Sacco lag im Gefängnis zu Dedham. Am 11. September 1920 wurde gegen beide die Anklage wegen Mordes in der Sache von South Braintree erhoben. Sie wurden am 28. September vorgeführt, wo sie ihre Unschuld beteuerten. Es stand ihnen kein Rechtsbeistand zur Seite, erst am 18. November übernahm Fred H. Moore formell ihre Verteidigung.

**Zehntes Kapitel.**

Ein Arbeiterrichter nimmt sich der Sache an.

Fred H. Moore verteidigt Sacco und Vanzetti. Fred H. Moore kam im Herbst 1920 nach New York. Er hatte gerade Charles Krieger, ein Mitglied der I.W.W. aus den Klauen der Standard Oil Company in Tulsa, Oklahoma, gerettet und wollte sich nun niederlassen und eine Praxis gründen. Diesen Entschluß hatte er schon häufig nach einem anstrengenden Arbeitstag gesetzt. Aber immer wieder tauchte ein neuer Prozeß auf, der seinem Gerechtigkeitsinstinkt widersprach. Mit einer Energie und Großzügigkeit, die einen weniger widerstandsfähigen Körper und Geist gefüllt hätte, stellte er seine glänzenden Fähigkeiten als Jurist und Forcher der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Die Geschichte der Tätigkeit Moores gibt fast ein Spiegelbild der Verfolgungen, die die amerikanische Arbeiterschaft während der letzten zwanzig Jahre zu erdulden hatte. Er verteidigte Elton, Giovannitti und Carlo in ihrem Prozeß während des Streiks in Lawrence und rettete sie vom Tod auf dem elektrischen Stuhl. Die Verteidigung im Fall Mac Namara wurde von ihm und dem Rechtsanwalt Patrow geführt. Nach dem Abschluß der Mitglieder der I.W.W. in Everett gelang es ihm, 74 „Wobblies“ vor der Anklage des Mordes zu bewahren. Er war einer der Verteidiger in dem Riesenprozeß gegen die Führer der Industriearbeiter der Welt in Chicago, die unter Anklage der Kriegsbehinderung standen, und in einem anderen Prozeß gegen dieselbe Organisation in Wichita, Kansas.

## Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.  
Osten, Agitations- und Zeitungskommission, Mittwoch, 20 Uhr,  
in der Bibliothek.

### Frauen.

Alt-Leipzig, Mittwoch, den 28. März, 20 Uhr, in der Bauerschen  
Brauerei, Lübchenweg 5/7, Frauenfeierstunde, vornehmlich für die  
Genossinnen und Genossen von Alt-Leipzig-Ost, Alt-Leipzig-Süd,  
Westen I und II sind herzlich eingeladen. Paul Meyer singt  
Lieder zur Laute, Gen. Töpfer rezitiert, Genossin Hammer spricht  
und Genossin Scheibe liest vor.

Leucht. Dienstag, 20. März, im Schwarzen Jäger, Vortrag  
des Gen. Sils mit Lichtbildern: Eine Wanderung durch die Ge-  
schichte Leipzigs.

Thonberg, Dienstag, den 20. März, 20 Uhr, im Himmelsreich,  
Vortrag des Gen. Rauch: Auflösung der Familie.

Schönelb., Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, im Heim der Kinder-  
freunde, Löbauer Straße, Frauen- und Elternabend. Das Pro-  
gramm (Fasching) verpflichtet, daß alle einen angenehmen Abend  
verleben werden.

Entrich. Montag, 19. März, 20 Uhr, im Gosenbachh.,  
Vortrag des Gen. Reinhold Lehmann: Unsere Krankenhäuser wie  
sie sind und wie sie sein sollen.

Plagwitz-Lindenau-Schleswig, Montag, 19. März, 20 Uhr, im  
Schloß Lindenfels, Vortrag der Genossin Bauer: Eine Brücke in  
die Moralskizze der bürgerlichen Moral.

Connewitz. Dienstag, 20. März, 20 Uhr, in der Goldenen  
Krone, Heiterer Abend mit Gen. Wiesbach.

Stötterig, Dienstag, 20. März, 20 Uhr, im Brauereigarten,  
Vortrag der Genossin Michaelsen: Die gesellschaftliche Not des  
Kindes.

### Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Sprechchor zur Reichskonferenz. Wir proben am Freitag, dem  
23. März, im Volkshaus, Kolonnade 2. Beginn 20 Uhr. Kommt  
pünktlich.

### Jungsozialisten.

Groß-Leipzig. Donnerstag, den 22. März, 19.30 Uhr, im  
Volkshaus, Mittwochsaal, Mitgliederversammlung. Tagesordnung:  
Vortrag des Gen. Wagner, Dresden: Aus der Praxis sozialistischer  
Bildungsarbeit. Wahl des 2. Vorsitzenden.

### Mitglieder-Vorstellungen

Alt-Leipzig, Norden, Donnerstag, den 22. März, 20 Uhr, im  
Appelboom, wichtige Mitgliederversammlung. II. a. Berichte,  
Sommerprogramm, Ausgabe der Funktionärsarten.

Gohlis, Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Riesen-Ausschank,  
Eisbachtstraße, Mitgliederversammlung. Stadtr. Gen. Oswald  
Bauer spricht über die „Komunale kostlose Totenbestattung“.  
Anschließend Filmvorführung: „Die Volksfürsorge im Bild“. Wir  
bitten, recht viele Gäste mitzubringen, jeder ist herzlich willkommen.

Tröbner, Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Gasthof Tröbner,  
sehr wichtige Mitgliederversammlung.

## Versammlungskalender

Montag, 19. März 1928.  
Bund soz. Freidenker, Ortsgr. Alt-Leipzig, Volkshaus, 19.30 Uhr.  
Dienstag, 20. März 1928.  
Sieetriäger, Generalversammlung, Volkshaus, 17.30 Uhr.  
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

# Im Klepperboot über den Ozean

Kapitän Franz Körner, hat unternommen, den Atlantischen  
Ozean auf einem Klepperboot zu überqueren. Er sagt darüber:

Die Ausführung des Unternehmens erfolgt von rein wissen-  
schaftlichem und sachverständigen Standpunkt aus und trägt  
keineswegs einen abenteuerlichen Charakter. Die neuesten Grund-  
sätze der maritimen Meteorologie und Ozeanographie wurden bei der  
Auswahl der Reiseroute in Betracht gezogen. Die 4062 Seemeilen  
umfassende Route verläuft zum größten Teil durch ein Gebiet, das  
als vollkommen ostansetzt angesehen werden kann, die sogenannten  
Reichbreiten, so benannt, weil in früheren Zeiten die Spanier auf  
ihren Grabungen nach dem unentdeckten Westen, infolge

seine Tiefe 0,5 Meter. Beladen mit 1100 Pfund hat es einen Tie-  
gang von 22 Zentimeter. Das beim Bau des Bootes verwendete  
Material wurde sorgfältigen Zug- und Druckproben unterzogen.  
Ebenso hatte die das Ganze einschließende sogenannte Walrosshaut,  
aus mehreren Lagen eines äußerst dichten und reißfesten Gewebes  
mit Zwischenlagen von Kautschuk bestehend, eine ausständige Dichtig-  
keitsprobe, unter erhöhtem Wasserdruck zu bestehen. Die Probe  
fahrt mit dem vollbeladenen Boot ergab eine Geschwindigkeit von  
5,6 Kilometer pro Stunde und zeigte Stabilitäts-eigenschaften, wie  
sie mit einem Holzboot in gleicher Größe nicht hätten erreicht wer-  
den können. Die nautische Ausbildung ergänzt sich aus den modernen  
Hilfsmitteln der terrestrischen, astronomischen und technischen  
Navigation. Es werden mitgeführt ein Sextant, ein Chronometer,  
ein Magnetkompass, ein Prismenglas, das nautische Fahr-  
buch, die nautische Tasel, Auszüge aus dem Leuchtturverzeichnisse  
und der Gezeitentafel, die deutsche und die amerikanische National-  
flagge, die 27 Flaggen des internationalen Signalbuches, ein Lot  
zur Bestimmung der Wassertiefe und zuletzt die modernen Errun-  
gen, die der Hochfrequenztechnik, ein Kurzwellenender und -empfänger  
zur Übermittlung von Nachrichten über genaue Zeit für die astro-  
nomische Ortsbestimmung, sowie über die jeweilige Position, Wind  
und Wetter, Seegeg., besondere Vorhersagen usw.

Der Sicherheit an Bord ist in ausgiebiger Weise Rechnung  
getragen. So befindet sich z. B. eine Anzahl Gummiblätter innen  
und außenbords angebracht, die sich bei einem evtl. Vollschlagen des  
Bootes mit Wasser selbstständig mit Karbidgas auffüllen und das Boot  
stets schwimmfähig erhalten. Zur Erzielung einer bequemen Lage  
des Bootes zum Wellengang, während der Zubereitung der Maß-  
nahmen und für die Dauer der Ruhezeit dient ein sogenannter Kreis-  
unter oder Venitrad. Um die Seetonne in der Nähe befindliche  
Schiffe auf mich zu lenken, führe ich eine Leuchtspitze mit. Zur  
Verteidigung gegen äußere Feinde, wie Haie, Delphine usw. führe  
ich Schuß- und Sichowaffen und auch Gift mit. Da ich durch eine  
nur wenige Millimeter dicke Haut vom Haifischattacken getrennt bin,  
ist eine Vorrichtung angebracht, die mich bei jeder Annäherung eines  
gefährlichen Gegners zur evtl. Verteidigung wachruft.

Eine Verminderung der Kollisionssgefahr wird erreicht  
durch Verlegung des Schlases in die Tageszeit, während ein wehen-  
des internationale Flaggenignal vor kommende Schiffe auf mich  
aufmerksam macht. Während eine ganz besondere Art der Slawung  
der mitgesicherten Ausfützung beträchtlich zur Verbesserung der Sta-  
bilitäts-eigenschaften des Bootes beiträgt, dient eine Pumpe dazu,  
etwas eingeschränktes Spritzwasser hinauszufördern.

Nicht weniger wichtig war die Lösung des hygienischen Pro-  
blems. Bei der Bestimmung der Qualität des für die 110-tägige  
Reise nötigen Proviants war maßgebend, daß 70 Würmeinheiten  
oder Kalorien in 24 Stunden je Kilogramm Körpergewicht des  
schwerarbeitenden Menschen verbraucht werden.

Bei einem Körpergewicht von 60 Kilogramm und 110 Reise-  
tagen wäre also insgesamt eine Aufzehr von  $60 \times 70 \times 110 = 462\,000$   
Kalorien erforderlich. Um dieser Forderung gerecht zu werden, war  
die Minnahme von 220 Kilogramm festem hochwertigem Proviant  
und 250 Liter Trinkwasser nötig. Dem Eintritt der Verüber und  
des Stoßbuts wird entgegengewirkt durch eine reichliche Beladung von  
frischem Obst und sonstigen Früchten. Zum Kochen dient ein Petro-  
leumlecker mit 25 Kilogramm Petroleum.

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Werbt neue Leser für die Volkszeitung!



Wassermangels, welcher auf den durch häufige Windstille verzögerten  
Reisen eintrat, ihre Pferde über Bord werfen mußten. Als die  
Reise außerordentlich begünstigende Faktoren sind zu erwähnen der  
Kanaren-Strom am Anfang der Reise, der Passat-Treis als well-  
wärts liegende Strömung und der Golfstrom, im Stadium seiner  
größten Intensität nordwärts sehend, an der amerikanischen Küste.  
Da ich das Unternehmen in etwa 110 Tagen, nur durch Paddeln  
auszuführen gedenke, habe ich eine Tagesleistung von rund 37 See-  
meilen zu bewältigen. Wenn man nun die geringste durchschnittliche  
Tagesleistung der meteorologischen Elemente mit 5 Seemeilen do-  
siert, so bleibt als Eigenschaft eine Strecke von 32 Seemeilen =  
50 Kilometer übrig, eine Distanz, die ich bei meinen früheren Auf-  
enthalten in New York Sea Beach in atlantischer Dünning wiederholt  
ohne große Anstrengung im Paddelboot zurückgelegt habe.



Das in Aussicht genommene Fahrzeug ist ein zusammen-  
faltbares Boot, das zerlegt in einem Koffer und in zwei Taschen  
transportiert wird. Bei seinem Bau wurden die neusten technischen  
Errungenchaften im Kleindotbau und in der Stabilitätslehre  
angewandt. Seine Länge beträgt 6,5 seine größte Breite 0,95 und



Nun sind Sie schon umgestimmt,

denn Sie haben schon einige Schachteln OVERSTOLZ  
genutzt und die Wirkung unserer Kur verspürt. Sie  
finden schon selbst heraus, dass das ein anderes Rau-  
chen ist, wissen aber vielleicht noch nicht, woran es liegt.

Nun wollen wir Ihnen genau sagen, worauf es  
bei einer ostmacedonischen Zigarette ankommt, und  
woran der Fachmann sie erkennt.

Ihr Geschmack ist leicht und würzig wie frisch  
gebackenes Brot. Das Aroma entwickelt sich erst  
während des Rauchens und erreicht seinen Höhe-  
punkt mit dem letzten Zug. Es ist also gerade  
umgekehrt, wie bei einer unedlen Zigarette, welche  
möglichweise beim ersten Zug besticht, die man  
aber nicht zu Ende raucht.

Und das Allerwichtigste bei OVERSTOLZ:  
Das Rauchen hinterlässt keinerlei Nachgeschmack  
auf der Zunge. Das ist das beste Zeichen für einen  
edlen Tabak.

Deshalb wird Ihnen das Rauchen einer ostmace-  
donischen Zigarette viel mehr Freude bereiten, und  
es wird Ihnen auch viel besser bekommen.

Haus Neuerburg







### Die „neutralen“ Frauenvereine

Die „bürgerlichen“ Frauenvereine stellen sich gern als „neutral“ hin. Doch es ist in Wirklichkeit nicht so, wird dem, der genau hinsieht, bald klar. Aber leider ist es so, dass viele Frauen die Sache doch nicht übersehen. Von schönen, wortreichen Reden, die die „Neutralität“ betonen, die erklärten „die Meinung zu achten“, werden sie eingesungen. Und unter den Eingefangenen befinden sich leider eben auch außerordentlich viele Frauen des Proletariats, die, wenn sie vielleicht auch nicht Mitglieder jener Organisationen sind, doch z. B. bei Wahlen ihre Stimmen den Eltern geben, auf denen solche „Frauenvertreterinnen“ stehen. Besonders dann, wenn sie z. B. solche aus der privaten, kirchlichen oder auch kommunalen Wohlfahrtsspitze kennen, wo jene selbstverständlich wissen, sich nutzbar zu machen und damit ihrer bürgerlichen Interessenkreise zu dienen suchen.

Dass die christlichen Frauenvereine in ganz bestimmter politischer Richtung tätig sind, darüber braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Das ergibt sich aus ihrer ganzen Einstellung, wenn es auch immer wieder nötig sein wird, die Arbeiterfrauen darauf hinzuweisen, dass z. B. ein Handelskredit von der Frau Pastor oder einem Kapitän der Frau Fabrikbesitzer nicht für die sonstige arbeiterliche Interessenpolitik entschädigt.

Aber auch der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“, der in verschiedenen Städten sich sowohl fortwährend als auch politisch neutral gebildet, ist nur eine bürgerliche Organisation zum Gewinnfang von Frauenstimmen. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, selbst wenn sie auf ihrem Programm die Vertretung der Frauenrechte stehen haben und etwa Vortragsabende mit Frauen in aller Parteien veranstalten, wenn unter sozialistischen bürgerlichen auch einmal eine Sozialistin auftritt. Mit solcher „Hilfe“ kann eine Befreiung der Proletarierfrau aus ihrer Klassunterdrückung nicht herbeiführen werden. Die proklamierte politische Neutralität hört dort auf, wo es sich — um die wirklichen gegenwärtigen Interessen der Bürgerinnen und dem Proletariat handelt. Das ist z. B. auch zu erkennen aus der Kandidatenauflistung des Bundes Deutscher Frauenvereine, der vor einer Liste von 83 Frauen zur sozialistischen Frauwahl und Verstärkung für die Arbeiterswohl zur Versammlung stellt, auf dieser Liste aber — nur bürgerliche Kandidatinnen führen und sich nur an bürgerlich Parteien wenden. Das ist eine recht brachtenswerte Erkenntnis der sogenannten politischen Neutralität, von der sich aber — die Proletarierfrau nicht erlangen lassen darf, weil sie sonst bestimmt wider ihre eigenen Interesse handelt.

Gerade weil viele Arbeitersfrauen von den „gebildeten“ Frauen in frondöner zarten Form abhängig sind, ist es notwendig diesen Grenstrich immer erneut zu ziehen. Immer wieder darauf hinzuweisen, was uns von jenen trennt, auch wenn wir da oder dort mit ihnen zusammenarbeiten müssen. Damit die verehrlichen Frauen nicht eine falsche Front einnehmen und auch bei Wahlen nicht durch eine solche Ausmachung sich irre machen lassen.

### Milchzentrale Mügeln

Der Direktor Hamelster von den Genossenschaftskollektivien Mügeln, Dahlen, Oschatz und Ostrau gründete vor einigen Jahren in Leipzig die sogenannte „Milchzentrale Mügeln“ und glaubte mit diesem Großbetrieb die Errichtung eines städtischen Milchhofes unmöglich machen zu können. Zur Vergrößerung des Absatzes lieferte Hamelster Blasenmilch auch an Geschäfte, deren Inhaber eine Erlaubnis zum Milchhandel nicht hatten. Sein Plan ging sogar soweit, im Stadtbezirk Leipzig etwa 50 Verkaufsstellen einzurichten. Nebenbei bewarb sich Hamelster auch um die Versorgung der Schulen mit Milch.

Nach kurzer Zeit traten die ersten Rückschläge ein. Lohnstreitigkeiten führten dazu, dass Hamelster sich zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Personals bequemen musste. Die Versorgung der Schulen mit Milch wurde vom Rat der Stadt Leipzig wieder rüdgängig gemacht. Gegen die Geschäftsinhaber, die Hamelsters Flaschenmilch verkaufen, obwohl sie keine Erlaubnis hatten, wurde Anzeige erstatet. Die Prozesse fielen zu ungünstigen Hamelster aus.

Als Hamelster merkte, dass seine Pläne fast alle ins Wasser fielen und sein Kampf gegen den städtischen Milchhof keinen Erfolg hatte, versuchte Hamelster zu retten, was zu retten war. Hamelster erhärtete sich bereit, den Kampf gegen den Milchhof aufzugeben, die Stadt müsse aber den Betrieb der Milchzentrale laufen und ihn als Direktor des Milchhofes anstellen. Als heraus nichts wurde, die Milchzentrale aber mit Unterblauarbeitete, trug sie die Verwaltung der Genossenschaft zunächst mit dem Gedanken, den Betrieb einzustellen. Später wurde der Betrieb dem Rat zum Kauf angeboten, diesmal jedoch ohne die Bedingung, dass Hamelster Direktor des Milchhofes werden müsse. Hamelster aber versuchte mit einigen Milchgroßhändlern eine Interessengemeinschaft zu gründen, die anscheinend auch nicht leben und nicht sterben kann.

In den letzten Tagen hat Hamelster eine neue Niederlage erlitten. Der Milchhändlerverband hatte in seiner Fachgesellschaft behauptet, die an die Schulen gelieferte Milch hätte viel Säure und Butter enthalten, Hamelster habe Milch aufgekauft, die abzunehmen der Milchhandel abgelehnt habe. Nun, Hamelster verklagte deshalb den Geschäftsführer Wagner und forderte Schadenersatz wegen Geschäftsschädigung. Wie uns bekannt wurde, ist der langwierige Prozess durch einen Vergleich beendet worden. Wagner hat lediglich die Erklärung abgegeben, dass er Hamelster nicht beleidigen wollte. Beide Parteien tragen ihre Kosten selber.

Nach alledem düst die Gastrolle, die Hamelster in Leipzig gespielt hat, bald beendet sein. Ohne Zweifel hat Hamelster der Errichtung des städtischen Milchhofes große Schwierigkeiten bereitet. Der Milchhof aber wird kommen, trotz Hamelster. Alles Anschein nach wird Hamelster, nachdem seine Aussicht besteht, Direktor des Milchhofes werden zu können, nach Berlin überleben und dort eine Stellung im Verband deutscher Molkereifachleute einnehmen.

### An die Leipziger Jugendbünde!

Vom Ortsausschuss der Deutschen Jugendverbände wird uns geschrieben: Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden, das bereits sehr wertvolles Material für unsere Ausstellung „Das junge Deutschland“ zur Verfügung stellte, hat eine neue Ausstellung geschaffen. Diese Ausstellung steht unter dem Zeichen „Die Geschlechtskrankheiten und Ihre Bekämpfung“. Es gilt ganz besonders die Schulklasse Jugend über diese verherrnde Krankheit aufzuklären. Eine weit wichtige Aufgabe — und das ist der hohe soziale Wert der Ausstellung — dass Mittel und Wege aufgezeichnet werden, den Krankheiten vorzubeugen und wie ausgebrochene Krankheiten sachgemäß zu bekämpfen sind.

Wir fordern alle Bünde und Verbände auf, diese Veranstaltung durch regen Besuch zu unterstützen damit sie auch ihren Zweck erfüllt: die Volksgesundheit zu heben. Um allen Jugendlichen den Besuch zu ermöglichen, ist es uns gelungen, Karten zu wesentlich ermäßigten Preisen für die Leipziger Jugendgruppen zu erhalten. Dieselben können in der Geschäftsstelle des Ortsausschusses der Jugendverbände, Töpferstraße, und beim Heimwart des Jugendhauses, Mitte, entnommen werden.

## An den Gräbern der Märzgefallenen

Der Märzgefallenen zu gedenken, erachtet die klassenbewusste Arbeiterschaft Leipzigs als ihre selbstverständliche Pflicht. Der gestrige Tag galt diesem Gedenken. Die Toten des März 1920 sind gefallen im Kampf für die proletarische Sache, im Kampf um den Sozialismus. Wohl war der Kampf eine Abwehr der bewaffneten Reaktion, die da glaubte verlorene Positionen mit kriegerlichem Handstreich zurückerobern zu können. Das wilhelminische Obrigkeitsstaatliche Regime war an sich zugrundegangen. Kronen und Sieger klatschten in den Novembertagen 1918 wie ein Pflichten auf die Straße. Hermelin und Purpur gingen wie fauler Zunder in Flammen. Unsere Toten der Rappelkriege haben miterlebt, wie in diesen heißen Novembertagen die Standarte proletarischen Selbstvertrauens, die Standarte des Vertrauens zum Sozialismus gehisst und von den aufstrebenden Proletariernmassen umjubelt wurden. Sie hatten auch miterlebt, wie die Jersplitterung des proletarischen Willens gar viel von dem Grobem wieder verloren gehen ließ. Über sie sind gefallen, als in den großen Kampftagen des März 1920 im ganzen Reich das geschlossene aufstrebende Proletariat, der bewussten Reaktion das Schwert zerbrach. Die Kräfte Volt oder Krone ist seitdem entschieden, entschieden zugunsten des Proletariats; nicht aber abgeschlossen ist der Kampf des Proletariats um den Sozialismus. Die Erhebung der Märzgefallenen verbindet sich daher unersättlich mit dem Gelöbnis, fortzuführen, wofür sie ihr Leben gelassen, fortzuführen den Klassenkampf des Proletariats zur Errichtung der klassenlosen sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Reichsbarben Schwarz-Rot-Gold symbolisieren in anschaulicher Weise die Konstellation der politischen Willenslösungen: das Schwarz der Klerikal, das Gold des Kapitalismus und das Rot proletarisch-revolutionären Strebens. Aufgabe des Proletariats ist es, den von Schwarz der Klerikal und dem Gold des Kapitalismus eingesetzten revolutionären Rot immer mehr Breite zu verschaffen, bis Klerikal und Kapitalismus hinabgesunken sind ins Meer der Vergangenheit und beginnen kann der große Aufbau einer neuen, allen Schichten der Bevölkerung gleichstehenden Staats-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturordnung.

Nicht zuletzt zu diesem Streben hatten sich gestern Tausende klassenbewusster Proletarier Leipzigs zusammengefunden. Gegen 14½ Uhr trafen die Jüngste aus den einzelnen Stadtteilen auf dem Augustusplatz ein, um sich von dort nach dem Südfriedhof, dem Friedhof der großen Mehrzahl der Leipziger Märzgefallenen, zu begeben. Voran die Jugend, über ihren Hauptern ein Wald von roten Fahnen; der Jugend folgte eine Reichsbannerabteilung. Den Schluss bildeten die Frauen und Männer des Proletariats. Bei der Waldfassade auf dem Südfriedhof nahmen die Sänger Auffällig. In kräftigen Strophen erklang das Lied: „Nicht verzagt!“ Dann ergriff Genosse Engelbert Graf das Wort, um der Toten zu gedenken und die Bedeutung des Tages zu würdigen. Er führte etwas aus:

Die feudale Geschichtsauffassung rechnet die Zeit nach Dynastien, nach Hohenstaufen und Habsburgern, nach Schlachten, Siegen und Niederlagen. Die bürgerliche Geschichtsauffassung rechnet nach der Entwicklung Amerikas, der Errichtung der Dampfmaschine und des Flugzeuges. Die proletarische Geschichtsauffassung rechnet nach Revolutionen. Revolutionen sind Meilensteine der Geschichte. Und vor allen Revolutionen senken sich unsere Fahnen. Gedenktage der Revolution sind Augenblicke der Bestimmung. Was war? Werum ging es? Was wurde erreicht? Von allen Monaten, in denen in Europa Revolutionen blühten aufzählen ist es am häufigsten der März. In China im Jahre 1927, in Deutschland der März 1920, in Russland der März 1917, in Frankreich der März 1871, in Deutschland der März 1848. Der März ist uns nicht ein Monat der beschleunigten Belebten und der unschuldigen Schneeglöckchen, sondern ein Monat der Barricaden, der Putschverschwörungen, der Flammensenften und die Mützen. Proletarierblut röhrt die Pfostenkleine unvergesslich für alle.

Was die Revolution, in denen diese Helden der Revolution verblieben, auch eine proletarische Revolution? War es eine soziale Revolution? Kam ihr Erfolg den Klassengenossen dieser Proletarier zugute? Bittere Enttäuschung wird ausspielen. Vergebens

scheint das Proletarierblut geslossen. Auf die Revolution von 1848 folgte einige Monate später die Reaktion und die Bourgeoisie schwieg, als die Fürsten ihr Ehrenwort brachen. 1871 erstürmte Gallioli den Auftand der Kommune in Blut, Elend und Tränen, während Bismarck vor den Toren von Paris Schmiede stand. Und auf 1918 folgten trostlos Erfolgs, trostlos der Pläne, trostlos der Hoffnungen, die Jahre der Reaktion; bis heute. Das Proletariat kämpfte in den Revolutionen und die bestehende Klasse, die kapitalistische Bourgeoisie triumphierte. Mit den Errungenchaften der Reaktion baute der Kapitalismus seine Zwingburgen aus. Aber eine Errungenchaft hat die bürgerliche Revolution dem Proletariat dennoch gebracht. Sie war brennendes Scheidewasser. Über dieses Scheidewasser trennte das Gold des Klassenkampfes von den schwachen bürgerlichen Verlebesserungsschichten. Was Karl Marx vor der Achtundvierzigsten Revolution ausprach, wissen-schaftlich begründete, bestätigte sich: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Es war die Lehre von 1848, 1871, 1918 und 1920: Volksgemeinschaft, wenn die andern uns brauchen, wenn ihr Besitz bedroht ist; Arbeitsgemeinschaft, wenn sie ratlos bankrott geworden sind. Aber sobald sie wieder fest im Sattel sitzen, dann Reichsegelation.

Revolutionen sind Meilensteine der Geschichte. Momente der Selbstbestimmung, der Gewissenserforschung. Gewiss, manches ist erreicht, ein Hohenholz kommt nicht mehr in die Verlegenheit, vor den geselligen Revolutionären den Hut ziehen zu müssen; sein Schuhmann kennt mehr Kranzhaken ab; und rote Fahnen flattern ungehindert in den Straßen. Aber das Ziel des Proletariats, die soziale Demokratie, ist noch nicht verwirklicht. Diese Republik ist unser Werk, aber noch nicht unsere Republik! Was 1848 hätte sein sollen, wurde 1919 erfüllt; siebzig Jahre nachher. Das 20. Jahrhundert hat neue Ziele, braucht neue Menschen. Das 20. Jahrhundert muss das Zeitalter der proletarischen sozialen Revolution werden. Das ist die Aufgabe unserer Zeit, die Aufgabe der heranwachsenden Generation.

Nicht stehen bleiben. Wer seine Aufgabe nur darin sieht, Erworbenes zu schützen, ist den Erworbenen nicht wert. Werden neue Meilensteine ausbleiben? Wir wissen es nicht, aber wir müssen gerüstet sein. Alle Zeiten deuten darauf hin, dass der Gegner nicht seine Stellung kampflos verlässt. Pulver und Blei sind die Waffen der Bourgeoisie, der Klassenkampf des Proletariats braucht sie nicht. Über wenn sie ihm vom Gegner aufgezwungen werden, wird es auch sie zu führen wissen. Noch sind die Toten von 1848 nicht gestorben, noch nicht alle die anderen, die im Abwehrkampf gefallen sind. Darum: Nicht stehen bleiben! Mit uns zieht die neue Zeit.

Auch diesen, mit atemloser Spannung und fiktisch grösster Anziehung entgegengenommenen Worten begaben sich die Anwohner zu den Gräbern der Märzgefallenen. Genosse Liebmann legte im Auftrage der SPD Groß-Leipzig einen Kranz auf des Dankessteinen nieder, wobei er warm empfundene Worte des Dankes an die Toten sprach. Er schloss mit den mahnenden freiligrathischen Worten aus: „Die Toten an die Lebenden“:

O steht gerüstet, sei bereit  
o schaffet, dass die Erde,  
in der wir liegen stark und starr  
ganz eine freie werde.

Hänger als eine Stunde dastellten dann die Demonstranten an dem Gedächtnisstein der Märzgefallenen vorüber. Nur langsam stützten die Massen zurück zu ihren Behausungen. Die auf anderen Friedhöfen befehlten Toten waren zum Teil am Sonnabendnachmittag, zum Teil am Sonntagvormittag durch Kranzniederlegung und Gedenkorte geehrt worden. Alles in allem darf auch die gefährliche den Märzgefallenen gewidmete Gedächtnisfeier auf einen wilsigen Verlauf zurückblicken. Das Proletariat wird seine Toten nicht vergessen und das an ihren Gräbern oft gegebene Gelöbnis zur Tat machen. Die kommenden Reichstagswahlen werden der Realpolitik eindringlich zu Gemüte führen, dass der Klassenwillen des Proletariats marschiert.

## Die Kommunisten können auch anders

Erichlung einer städtischen Wohnungsbaugeellschaft in Chemnitz — Die Kommunisten stimmen zu

Vor wenigen Wochen hat im Leipziger Stadtverordnetenhaus ein heftiger Kampf um die Errichtung einer städtischen Wohnungsbau-Gelehrte-Gesellschaft gekämpft. Diese Gesellschaft sollte die Möglichkeit schaffen, den städtischen Wohnungsbau fortzusetzen und die Finanzierung auf dem Wege des Realredits durchzuführen, weil das Stammvermögen der Stadt ziemlich erschöpft ist und Anleihen zur Zeit nicht zu haben sind. Im laufenden Jahr sollten 1600 Wohnungen gebaut werden, wofür rund 7 Millionen Mark Bauherren-Anteil aufzubringen sind. Die übrigen 13 Millionen Mark werden bekanntlich aus der Mietzinssteuer des neuen Haushaltjahres zur Verfügung gestellt.

Die Errichtung der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft ist von den Kommunisten zu Fall gebracht worden. Sie stimmten gegen die Vorlage, nachdem ihre Agitationsanträge, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und der vorhandenen Machtverhältnisse im Stadtrat überhaupt nicht zu verwirklichen waren, abgelehnt wurden. Die Kommunisten haben damit den stadtigenen Wohnungsbau lehrerisch und die Gefahr heraufschwören, dass die zurückgestellten 13 Millionen Mark aus der Mietzinssteuer den privaten Bauunternehmern zugeschlagen werden.

Hand in Hand mit den Kommunisten zogen die bürgerlichen Stadtverordneten gegen den stadtigenen Wohnungsbau zu Felde. Auch sie lehnten die Errichtung der Wohnungsbau-Gelehrte-Gesellschaft ab in der Hoffnung, damit dem stadtigenen Wohnungsbau den Garraus machen zu können. Sie hatten richtig erkannt, dass die Wohnungsbau-Gelehrte-Gesellschaft den stadtigenen Wohnungsbau auch für die Zukunft sichergestellt haben würde. Das aber wollten sie nicht. Ganz offen erklären sie, die Stadt dürfe überhaupt nicht selber bauen, sie solle das Geld vielmehr den privaten Baulustigen geben, die würden dann schon bauen.

Zur Ergebnis haben also die Kommunisten im Leipziger Rathaus den argsten Feinden des gemeinnützigen Wohnungsbau in die Hände gearbeitet. Darüber vermögen auch die schönen Agitationsanträge auf Schaffung von jährlich 100 Wohnungen nicht hinwegzutäuschen. Denn wer nichts weiter tut, als nur zu fordern, ohne gleichzeitig gangbare Wege zur Verwirklichung dieser Forderungen aufzuzeigen, handelt verantwortungslos und ist nicht ernst zu nehmen.

Dass die Kommunisten nicht überall so verantwortungslos handeln, wie in Leipzig, zeigen die Beschlüsse der Chemnitzer Stadtverordneten vom 15. März d. J.

In Chemnitz sind bisher die Mittel aus der Mietzinssteuer fast restlos den privaten und genossenschaftlichen Bauherren zugetragen. Städtegene Wohnungen wurden so gut wie nicht gebaut. Dieser Zustand verführt unsere Genossen zu Ärger; sie verlangen, dass auch in Chemnitz die Wohnungen für die Stadt gebaut werden. Das wurde vom Stadtrat mit dem Hinweis als

un durchführbar abgelehnt, dass die Stadt aus ihrem Stammvermögen das notwendige Geld nicht zur Verfügung stellen könne und dass auch Unfehlmittel zur Zeit nicht zu erlangen seien.

Doch unsere Genossen ließen sich dadurch von ihrem Ziel nicht abbringen. Sie entschlossen sich auf Antraten unserer Leipziger Genossen, die Errichtung einer besonderen Gesellschaft zu beantragen. Diese sollte die stadtigenen Wohnungsbau durch Ananspruchnahme des Realredits finanzieren, soweit er nicht durch die Mietzinssteuer finanziert werden kann. In ihren Anträgen stützten sie sich auf den Leipziger Entwurf, der, wie bereits erwähnt, von den Kommunisten abgelehnt worden war.

Nach wochenlangen Verhandlungen ist es unseren Chemnitzer Genossen gelungen, die von verschiedenen Seiten geäußerten Bedenken gegen die „Chemnitzer Wohnungsbau-Gesellschaft“ zu zerstreuen und auch die Zustimmung des Rates zu erlangen.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 15. März haben die Chemnitzer Stadtverordneten einhellig der Errichtung der Wohnungsbau-Gesellschaft nach den Anträgen der Sozialdemokraten zugestimmt. Nur die drei Demokraten haben sich dagegen erklärt. Zukünftig sollen in Chemnitz die Hälfte der Mietzinssteuern für stadtige Wohnungsbauten verwendet werden.

Obwohl die Chemnitzer Kommunisten davon unterrichtet waren, dass ihre Leipziger Freunde gegen die Wohnungsbau-Gelehrte-Gesellschaft gestimmt hatten, haben sie sich sehr energisch für die sozialdemokratischen Anträge eingesetzt und ihnen zugestimmt. Die Chemnitzer Kommunisten haben sich damit als weit einfließender und kluger gezeigt, als ihre Leipziger Genossen, die immer nur den Mund weit aufreißen und im übrigen die Geschäfte der Bürger besorgen.

Der Gesellschaftsvertrag der Chemnitzer Wohnungsbau-Gesellschaft sieht genau so aus wie der Leipziger Entwurf. Nur in der Zusammenfassung des Aussichtsrates gelang es, eine Verbesserung zu erzielen. Während nämlich in Leipzig 5 Stadtverordnete und 5 Stadträte im Aussichtsrat sitzen sollten, sind es in Chemnitz 6 Stadtverordnete und 4 Stadträte. Der Chemnitzer Stadtrat pocht also nicht so dickselig und fürtzlig auf seine Macht wie der Leipziger.

Die Leipziger kommunistischen Stadtverordneten haben behauptet, dass mit der Errichtung der Wohnungsbau-Gelehrte-Gesellschaft der stadtige Wohnungsbau an das Privatkapital ausgeliefert werden soll. Diese Behauptung ist so lächerlich, dass darüber kein Wort zu verlieren ist. Neuerdings kann man nur sein, ob die Schneller-Gelehrte-Gesellschaft nun auch gegen die Chemnitzer Kommunisten mit den gleichen Vorwürfen zu Felde ziehen werden, mit denen sie die SPD überhäuteten. Logischerweise müssten sie doch nur den Ausschluss ihrer Chemnitzer Genossen aus der KPD beantragen, denn die KPD wird doch nicht Leute in ihren Reihen dulden, die „die Interessen der Mieter und der Werkstätigen“ vertreten haben.





# Aus der Umgebung

## Märzgesallenen-Feier in Rochlitz

Ein imposanter Aufzug zur republikanischen Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und dem Gedenken der Märzgesallenen von 1848 gab die am Sonnabend, dem 17. März, 20 Uhr, von der SPD, dem Gewerkschaftskartell und dem Rochlitzer Reichsbanner abgehaltenen Märzgesallenenfeier, die sich eines sehr guten Besuches erfreuen konnte. Die Feier wurde mit dem Festzug von G. A. Uhlmann, vom Volkschor (Zeitung Gen. Fritsch) eingeleitet, dem die Rezitationen „1848“ von Herwegh und „Schwarz-Rot-Gold“ von Freiligrath, wuchtig vom Genossen Kett, Leipzig, vorgetragen, folgte. Hierauf trat das Hunger-Kuartett Leipzig auf, das mit seinem Streichkonzert die Zuhörer fesselte und starken Beifall erntete konnte. Nachdem der Trauermarsch (Russischer Volksmarsch) sich so recht dem Gedenken der Märzgesallenen angepaßt, ergriff Gen. Prof. Dr. Niemann, Leipzig, das Wort zu seiner Gedächtnisrede und gab einen gesichtlichen Rückblick, ausgehend von den Ursachen der 1848er Revolution. Er hob hervor, daß beim Bürgerturn, das damals Träger jener Revolution gewesen sei, leider jene Ereignisse bald in Vergessenheit geraten waren. Obwohl es damals noch wenig Proletariat gab und nur die französische Juni-Revolution proletarischen Einfluß hatte, so gedenkt heutige das Proletariat jener Märztag, das bis 1848 unter dem Dreiklassenwahlrecht kämpfen mußte. Große Teile des deutschen Volkes sind froh, daß dieser Zustand sein Ende gefunden hat. Aber es gibt noch einen Teil des deutschen Volkes, die das Neue nicht überwinden können und den alten Zustand wieder herstellen, wo nicht das Recht, sondern die Gewalt herrschen soll. Heute ist das Proletariat gegenüber im Jahre 1848 stark organisiert und eine Millionenarmee schlägt wir im Reichsbanner, die, wenn es gilt, die Republik zu verteidigen wissen wird. Gen. Prof. Dr. Niemann ging dann auf den bevorstehenden Reichstagswahlkampf ein und schloß seine Rede, in dem er die Anwesenden aufforderte, sich von ihren Plätzen zu erheben, mit einem dreifachen Frei Heil auf die Republik, auf die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner, in das die Anwesenden bestreitig einstimmig und gemeinsam das Reichsbannerbundestag sangen. Umrahmt war die Märzgesallenenfeier noch von Volkschoren, Rezitationen sowie von 4 Szenenbildern aus den Berliner Märztagen von 1848. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Die Internationale“ klang die Märzgedächtnisfeier aus.

Der Vorfeier am Sonnabend folgte am Sonntag die eigentliche republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die mit einem Wettkampf eingeleitet wurde. Um 11 Uhr versammelten sich eine sehr große Anzahl Republikaner im Schülzehaus zu einer kurzen, aber eindrucksvollen Totengedenkfeier, die mit dem stimmungsvollen Largo von Händel, gespielt von der Reichsbannerkapelle Leipzig, eingeleitet wurde. Hierauf ergriff Genosse Holm Lange, Leipzig, da. Wort und begrüßte eingangs seiner Rede Herrn Bürgermeister Dr. Herrmann als Vertreter des Rates und Herrn Stadtverordnetenvorsteher Sudenrat Wolf als Vertreter des Stadtverordnetenkongresses. Nachdem er gesellschaftlich rückblickend die 1848er Bewegung schilderte und dabei der Toten gedachte, mahnte er, auch derer zu gedenken, die im leichtverlorenen Kriege ihr Leben lassen mußten. Aber auch jener Männer sei gedacht, die durch Menschenmordhand dahingestellt wurden. Mit dem Bündedikt, gemeinsam stehend gesungen, fand die Feierstunde ihr Ende.

15 Uhr marschierten die Reichsbannerformationen in Stärke von

einer 1100 Mann mit circa 50 Fahnen auf dem großen Marktplatz auf, wo Gaupräsident Genosse Blum, Leipzig, und Genosse Oberregierungsrat Dr. Heiland, Leipzig, an die Reichsbannerkameraden und zahlreich erschienene Einwohnerchaft von Rochlitz in markigen Worten die Bedeutung der Märztag charakterisierten und widmeten in diesem Zusammenhang dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert sowie allen Weltkriegsfallen ein stilles Gedenken. Hierauf erfolgte der Abmarsch. Der stattliche Zug, mit einer Anzahl von Musikkapellen und Spielmannszügen, bewegte sich durch die Straßen des Städchens, das immerhin, wenn auch nur hier und da, klappergeschmud angelegt hatte. Aber auch in Rochlitz wird die republikanische Idee festere Wurzeln fassen, trotz alledem, trotz alledem. Ein Konzert der Reichsbannerkapelle Leipzig um 18 Uhr im Saale von „Stadt Leipzig“ bildete den Abschluß der republikanischen Kundgebung, die bei der Einwohnerchaft von Rochlitz sicherlich einen guten Eindruck hinterlassen hat.

**Gotha.** Mitteilungen aus der letzten Gemeindeversammlung der Gemeindeverbindung. Die Wiederholung der Gemeindebeamten wird auf der Grundlage der staatlichen Richtlinien neu geregelt. Das Ortsgelehr über die Ausstellung und Rechtsverhältnisse u. w. der Gemeindebeamten soll in der nächsten Sitzung beraten werden. Die Baustelle Flurstück Nr. 415 an der verlängerten Mühlstraße wird dem Bauwerker Herrn Wald Bischoff unter den üblichen Bedingungen im Heimstättenecht vergeben. Mit dem Bau soll sofort nach Baugenehmigung begonnen werden. Der Nachtrag zur Gemeindeverfassung wird in der vom Hauptausschuß beschloßenen Fassung angenommen. Als Baurichter für Gothia wird auf der Grundlage der Anregungen der Amtsbaumeisterin Herrin Zimmermeier Otto Pacholski bestimmt. Die für die Innenausbauung der Schule sowie des neu einzurichtenden Klassenzimmers nötigen Anschaffungen werden bewilligt. Über die Bedingung der Kosten wird bei der nächsten Haushaltberatung Besluß gefaßt werden. Mit der Ausschaltung der Einrichtungsgegenstände im einzelnen wird ein viergliedriger Ausschuß betraut. Die vom Bürgermeister erbetene nötige Umwandlung des kurzfristigen Leibzugs vom Landwirtschaftlichen Kreditverein in Höhe von 7000 Mk. in eine langfristige Hypothek wird abgelehnt. Zur Vergabe eines 3000 Quadratmeter großen Stück Landes an den Rügheimer Straße als Wirtschaftshofstätte ist man grundsätzlich bereit. Der öffentlichen Versicherungsanstalt Sächsischer Sparkassen wird als Mitglied beitreten. Ein Antrag auf Erstattung von Kosten für bejahrungsbedürftige Untersuchung einer Gemeindeverordnetenkandidatin auf ihren Gesundheitszustand wird gegen 5 Stimmen aus grundlosen Erwägungen abgelehnt.

Mit dem Kirchen- und Schulamt ist wegen Hergabe eines etwa 6–7000 Quadratmeter großen Geländes im Erbpacht zur Schulerweiterung von kurzen verhandelt worden. Der Kirchenvorstand forderte ursprünglich 12 Pf. pro Quadratmeter, erklärte sich aber dann mit 10 Pf. pro Quadratmeter Erbpachtzins einverstanden. Der Schulausschuß hat einstimmig vorgeschlagen, den hohen Erbpachtzins von 10 Pf. pro Quadratmeter in Ansicht des gemeinhinigen Zweckes abzulehnen, im übrigen sich aber zu weiteren Verhandlungen bereit zu erklären. Dieser Vorschlag des Schulausschusses wird mit 8 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Es wurde bei dieser Entscheidung besonders zum Ausdruck gebracht, daß das jehige Kirchschulland an Kleinpächter für nur 1½ Pf. pro Quadratmeter verpachtet ist und auch bei wesentlich niedrigerer Festsetzung des Erbpachtzinses als 10 Pf. pro Quadratmeter noch eine bedeutend höhere Bodenrente als der Kleinpächterpreis erzielt wird. Auch handelt es sich bei der Hergabe des Landes nicht um produktive Zwecke, sondern um rein gemeinnützige, die allen Schulbezirksgliedern, ob Kirchenmitglied oder nicht, zugute kämen.

Die Mieten in dem ersten und zweiten Sieben-Familienhaus werden aus Gerechtigkeitsgründen neu geregelt. Die Gesamtsumme der Mieten bleibt jedoch unverändert.

**Groitzsch.** Der größte Lump... Wie schwer manchem Menschen der Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung im Magen liegt, bewies wieder einmal das Mitglied eines hiesigen Sportvereins, ein Ausarbeiter. Der Mann hat sich als ein Denunziant entpuppt, der sich bemüht, ihm persönlich unliebsamen Personen eins auszuwischen. Dies geschah nach einer Sitzung, die vom Bürgermeister einberufen worden war, um alle Vereine für ein anlässlich des 30jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr geplantes Volksfest zu interessieren. In dieser Sitzung hat der Vertreter der Freien Turnerschaft zum Ausdruck gebracht, daß eine Beteiligung für einen derartigen Aufzug für die Arbeiterchaft nicht in Frage kommen könne. Diese Erklärung nahm der genannte Ausarbeiter zum Anlaß, nach Schluss der Sitzung in der Wirtschaft zwei von uns anwesende Genossen in gleicher Art anzurempeln. Die Verärgerung über den Turnhallen- und Vereinshausbau der Freien Turnerschaft, der damit verbundene Aufzug auf der Arbeiterseite und das Fehl eines Bürgerlichen Gruppeneins auf der anderen Seite glaubte dieser Ausarbeiter durch dieses Auftreten an den Mann bringen zu können. Er jedoch dachte damit wenig Glück, denn unter Genossen wußten diesen Schimpftretern gegenüber ihre Ruhe zu bewahren. Da dieser Ausarbeiter einsah, daß er auch bei den anderen Anwesenden keinen Eindruck zu machen imstande war, versuchte er sein Heil auf andere Art. Er verließ 1/2 Uhr, also nach der Polizeistunde, das Lokal und forderte die Polizei auf, die noch im Lokal anwesenden Personen anzuzeigen. Das ist auch geschehen. Schabiger kann wohl kein Mensch, der selbst sehr oft über die Polizeistunde im Wirtshaus sitzt, handeln. Die hiesigen Wirtle tun gut, sich diesen sauberen Herrn etwas näher anzusehen.

## Rundfunkprogramm Leipzig

Dienstag, den 20. März.

- 12.00 Uhr: Mittagsmusik aus der Hufelsd-Triphonola.
- 12.55 Uhr: Nauner Zeitzeichen.
- 13.15 Uhr: Presse- und Wissensbericht.
- 15.00–15.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 16.30–17.00 Uhr: Vortrag: Oberbürgermeister Kaschny-Ratibor; „Zur Abstimmungswiederholung in Oberkötzschen.“
- 17.00–18.00 Uhr: Frühdienstbeginn. (Zugleich Übergabe auf den Deutschlandfunker.) Mitwirkende: Erna Höhnel-Zuleger (Gesang), Konzertmeister Leo Schwarz (Violine), Ernst Lohse (Klarinette), Hügel: Blüthner.
- 18.05–18.30 Uhr: Frauenfunk. Bertha Witt: „Henrik Ibsen und die Frauen.“
- 18.30–19.00 Uhr: Steuerinspektor a. D. Hornauer: „Lohnsteuererstattung 1927.“
- 19.00 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 19.15–19.45 Uhr: Dr. Rudolf Sängewald: „Die neuesten Fortschritte der Physik und Technik im Jahre 1927/28.“ 1. Teil.
- 19.45–20.15 Uhr: Prof. Dr. Helmut de Boor: „Ibsen.“
- 20.15 Uhr: Hörspiel: Die Wildente. Schauspiel in fünf Akten von Henrik Ibsen. Spielleitung: Julius Witte. Personen: Werle, Großaufmann, Hüttenbesitzer usw., Oskar Berger, Gregers, sein Sohn, Peter Blanshina. Der alte Edval, Karl Huth, Hjalmar Edval, des Alten Sohn, Photograph, Joseph Krohs, Gina, Hjalmar's Frau, Lina Monnard, Hedwig, ihre Tochter, 14 Jahre alt, Eva Bischoff, Frau Söder, Haushälterin bei Werle, Erna von Dranz, Keling, Arzt, Hans Zeise-Gött. Molvik, gewesener Theologe, Karl Kegler. Der erste Akt spielt in Werles Hause, die vier andern bei Hjalmar Edval.
- 22.00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.15–24.00 Uhr: Tanzmusik. Dresdner Rundfunkkapelle.

Familien-Nachrichten

Nach jahrelanger Krankheit starb am 16. März 1928 unser Kollege, der Packer

**Rudolf Büchner**

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**Die Arbeiterschaft der Fa. Fritzsche-Hager A.-G.**

Nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute im 42. Lebensjahr meine innig geliebte Gattin, unsere treusorgende, gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

**Gertrud Betz geb. Heyn**

Leipzig, Poststraße 10, III. r., den 17. März 1928.

In tielem Schmerz  
Heinrich Betz  
Roland Betz  
Erika Betz

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung erfolgt am Mittwoch, 18.30 Uhr, Südfriedhof.

# BULGARIA



# KRONE

**Dörflehring**  
findet gut Beherrschte  
D. Hänsel, L. Leicht, G.  
Barndeler Straße 31

**Friedrich Walter Kirsten**  
lügen wir allen auch hierdurch noch-  
mals unseren herzlichen Dank.

Wurzen am 17. März 1928

**Gottfried Kirsten und Familie.**

**Stellen-Angebote**  
**Tüchtigen Beschneider**  
Vorschneller in Dauerstellung such.  
Spanische Buchbinderei  
Breitkopfstrasse 7.

**Neben-Dienstleistungen**  
1. Gastro-, Ladenbet.  
u. Vertreter zu ver-  
auf. Off. u. **U. 84**  
an die Ego die Bl.  
Laub. Str. 19/21.

**Schwachsstrom-**  
**Monteur**

z. Bau von Reihen-  
schaltungs- u. Auto-  
matenanlagen,  
welcher auch im  
Störungsdiensct Er-  
fahrung hat, in  
Stadt der Provinz  
Brandenburg ge-  
sucht. Angeb. unter  
J. 96 an die Ego v.  
Bl. Laub. Str. 19/21.

**Aut. Kredit**  
**Schränke**  
mit 1000 Ringdramen  
**Scherbel**  
Grimmaische St. 26  
und Markt 2

**Verkäufe**

**Aut. Kredit**  
**Damengarderobe**  
mit 1000 Ringdramen  
**Hans Hoffmann**  
Feldstraße 10, 1. Stock

**Von Herrn**  
**Garderobe**  
bill zu der Witwe,  
Förthstr. 12, p.  
Ein- u. Verkaufsgesch.

**Aut. Kredit**  
**Schränke**  
mit 1000 Ringdramen  
**Scherbel**  
Grimmaische St. 26  
und Markt 2

**Diverses**

**Entlaufen**  
Dienstag d. 8. März  
schwarz u. braun ge-  
zeichnete Därfel  
Nummer 10506.  
Absatz, gegen hohe  
Belohnung  
Fockestr. 6, p. r.

**Ihr Anzug**\*  
wird „wie neu“ ge-  
reinigt u. gebügelt.  
45.50 Ubbol. u. Zuk.  
frei. Volk genügt  
Reinigung „Undine“  
L. Dölitz Borchardstr. 5

**Wir stricken**  
auch nach Maß  
Pullover, Kostüme,  
Jack, Strümpf, usw.  
Wolf - Winkler  
Nürnberg Str. 40 \*

**Kaufgeschäfte**  
Fritz. Paus, Filz, Herren,  
F. Hug & Co., Schulte, S.  
14168 Off. m. Dr. ad.